

VERGABEUNTERLAGEN

2026002095

Pommernstr. 10 - Neubau Schulzentrum Südwest / 2.BA -
B6.2005 Werkraumausstattung Werkzeuge und Maschinen

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Ausschreibung (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

Stadt Nürnberg Hochbauamt

Marientorgraben 11, 90402 Nürnberg, Deutschland

01.06.2026

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Vergabeunterlagen | 1 |
| Projektinformation | 1 |
| Vertragsbedingungen/Formulare | 5 |
| Bewerbungsbedingungen VgV | 5 |
| Datenschutzhinweis Vergabeverfahren | 7 |
| Datenschutzhinweis Bieterkartei | 9 |
| Merkblatt Baumschutz auf Baustellen | 11 |
| Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung_eRechnung | 12 |
| Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen (ZAVB)_eRechnung | 13 |
| Besondere Vertragsbedingungen (BVB) UVgO-VgV_eRechnung | 20 |
| Erklärung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) und dem Mindestlohngesetz (MiLoG) | 21 |
| RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung.pdf | 22 |
| Bewerber Bietergemeinschaft | 24 |
| Verpflichtungserklärung Eignungsleihe | 25 |
| Verpflichtungserklärung Unteraufträge | 26 |
| Produkte/Leistungen | 27 |
| Eignungskriterien | 64 |
| Leistungskriterien | 68 |
| Anlagen | 70 |

Allgemeine Informationen zum Verfahren

Es ist beabsichtigt, die in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

| Projektinformationen | |
|------------------------------------|--|
| Projektnummer: | 2026002095 |
| Projektname: | Pommernstr. 10 - Neubau Schulzentrum Südwest / 2.BA - B6.2005 Werkraumausstattung Werkzeuge und Maschinen |
| Gewerk: | |
| Projektbeschreibung: | technische Ausstattung der Werkräume mit Werkzeugen und Maschinen; Anzahl Werkräume: 3, Anzahl Werknebenräume, Lager und Maschinenräume: 4, Gesamtfläche: 380m ² |
| CPV-Code | Code Bezeichnung |
| | 31000000-6 Elektrische Maschinen, Geräte, Ausstattung und Verbrauchsartikel; Beleuchtung |
| | 31710000-6 Elektronische Ausstattung |
| | 42652000-1 Elektromechanische Handwerkzeuge |
| Vergabeart: | Offenes Verfahren (EU) gemäß VgV |
| Termine | |
| Bekanntmachung am: | 07.05.2026 |
| Einreichungsfrist Teilnahmeantrag: | bis einschließlich um Uhr |
| Angebotsfrist: | bis einschließlich 25.06.2026 um 09:40:00 Uhr |
| Eröffnungstermin: | am ab Uhr |
| Bindefrist: | bis einschließlich 14.08.2026 |
| geplante Ausführungsdauer: | vom 17.08.2026 bis einschließlich 26.03.2027 |
| Anmerkungen zur Ausführungsdauer: | |

1. Auskünfte

Auskünfte erteilt die Vergabestelle (sofern in der Leistungsbeschreibung keine abweichenden Angaben gemacht werden). Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, wird ausgeschlossen.

Die Kommunikation mit der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das Nachrichtenmodul im Vergabemanagementsystem der Deutschen eVergabe. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse:
<https://portal.deutsche-evergabe.de>. Bieterfragen müssen bis spätestens 15.06.2026 23:59 Uhr eingegangen sein, für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.
 Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

2. Kriterien für die Auftragsvergabe

Bewertungsmethode: Niedrigster Preis

Gewichtung: siehe in der Leistungsbeschreibung

Gelten besondere Zuschlagskriterien, werden diese bekannt gemacht und können dann als Wertungsmatrix in der Angebotsmaske des Bieterassistenten eingesehen werden.

3. Bedarfspositionen

Eventuelle Bedarfspositionen werden grundsätzlich gewertet.

4. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen

Hinweise für das Erstellen von Nebenangeboten:

Falls die Abgabe von Nebenangeboten zugelassen ist, sind diese über die Option „Nebenangebote erstellen“ zu erstellen und nicht als Anlage des Hauptangebots hochzuladen. Eine genaue Anleitung für die korrekte Erstellung von Nebenangeboten finden Sie hier.

5. Preisnachlässe

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der dafür vorgesehenen Stelle (in der Angebotsmaske des Bieterassistenten im Unterpunkt "Nachlass") aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als Vomhundertsatz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

6. Losaufteilung

Eine Losaufteilung ist vorgesehen: Nein

Art der Losauswahl:

7. Eigene Geschäftsbedingungen

Werden dem Angebot eigene Vertrags- oder Geschäftsbedingungen des Bieters (z.B. Individualklauseln, AGB, Eigentumsvorbehalte, Zahlungsziele) beigelegt, wird das Angebot gem. § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO bzw. § 53 Abs. 7 Satz 1 iVm § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV ausgeschlossen, wenn eine Aufklärung ergibt, dass der Bieter an seinen Bedingungen festhalten möchte und damit tatsächlich von den Inhalten der Vergabeunterlagen abweichen will.

8. Vergabeunterlagen/ Vertragsbedingungen

Mit der Angebotsabgabe werden die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung sowie die VOL/B, in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung, Vertragsbestandteil. Die Rangfolge richtet sich nach § 1 VOL/B.

Insbesondere sind die Bewerbungsbedingungen und die ergänzende Erklärung zur Angebotsabgabe zu beachten, die bereits mit Angebotsabgabe verbindlich gelten.

9. Bindefrist

Mit Abgabe des Angebots ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

10. Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen

Eine wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Vergabeverfahren kann den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben.

11. Datenschutz

a) Verarbeitung personenbezogener Daten durch freiwillige Angabe

Die von den Bietern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind

Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

b) Qualifizierter Datenschutzhinweis

Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.

c) Personenbezogene Daten Dritter

Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

d) Gemäß DSGVO ist der Abschluss einer Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung notwendig, wenn die Auftraggeberin einen Auftrag zur Verarbeitung personenbezogener Daten erteilt und/oder im Zuge eines Pflege-/Wartungsvertrages eine Fernwartung vereinbart wird. Ergibt sich die Notwendigkeit einer Auftragsvereinbarung erst während der Vertragslaufzeit, wird eine Vereinbarung auf Basis eines Vertragsmusters der Auftraggeberin geschlossen.

12. Form der Angebotsabgabe

Durch die elektronische Angebotsabgabe ist das Textformerfordernis gemäß § 126 b BGB erfüllt. Die Angebotsabgabe auf herkömmlichem vollständig schriftlichem Weg (Papierform) ist in diesem Verfahren nicht zugelassen.

Bei Rückfragen zur Bedienung der Software wenden Sie sich bitte an den Support der Firma Healy Hudson: Diesen erreichen Sie über die Schaltfläche/Funktion "Support aktivieren" in Ihrem Angebotsassistenten oder über die E-Mailadresse *service-bieter@deutsche-evergabe.de*. Die Angebotsunterlagen sind in der Eingabemaske im Bieterassistenten auszufüllen und bis zum Einreichungstermin über die Vergabepattform abzugeben. Die Angebotsfrist finden Sie unter Allgemeines > Termine. Um Angebote außerhalb des Vergabemanagementsystems elektronisch bearbeiten zu können, verwenden Sie bitte Ihre Kalkulationssoftware oder eines der im Internet kostenlos zur Verfügung gestellten AVA-Programme (z. B. unter www.heitker.de).

13. Kalkulation

Bei Leistungen des Gebäudereinigerhandwerks sind von den für die Beauftragung in Frage kommenden Bietern ausgefüllte Kalkulationsblätter 221 oder 222 und 223 vor der Auftragserteilung zu übermitteln. Im Formblatt 223 sind alle Positionen des Leistungsverzeichnisses aufzugliedern. Bis zu einer Angebotssumme von 50.000 € behält sich der Auftraggeber vor, nur ausgewählte Positionen im Formblatt 223 aufgliedern zu lassen. Die Nachforderung der Aufgliederung der Leistungen des/der Nachunternehmer(s) wird vorbehalten.

14. Nachprüfungsbehörde

Vergabekammer Nordbayern

bei der Regierung von Mittelfranken

Promenade 27, 91522 Ansbach

15. Wichtige Bieterhinweise

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass Änderungen der Ausschreibungsunterlagen zwingend zum Angebotsausschluss führen, auch wenn diese unabsichtlich oder unbewusst erfolgen.

Zu einer Änderung der Ausschreibungsunterlagen kann es beispielsweise durch Angebotserläuterungen, welche der Leistungsbeschreibung oder den Vertragsbedingungen widersprechen, kommen, ebenso durch Textergänzungen oder Eintragungen in die Vergabeunterlagen.

Eigene Vertragsbedingungen des Bieters (insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen, unabhängig davon ob es sich um vorformulierte Geschäftsbedingungen oder Individualklauseln handelt) werden in keinem Fall Vertragsbestandteil. Darunter fallen beispielsweise auch Hinweise zum Zahlungsziel, zum Gerichtsstand oder die Erklärung von Eigentumsvorbehalten. Werden dennoch eigene Vertragsbedingungen mit dem Angebot eingereicht, wird die Auftraggeberin im Rahmen des rechtlich Zulässigen aufklären, ob es sich bei

der Beifügung um ein Missverständnis oder ein Versehen handelt und inwieweit der Bieter an seinen Vertragsbedingungen festhalten will. Sieht der Bieter von seinen eigenen Vertragsbedingungen ab und erklärt, dass er an diesen nicht festhält und verbleibt nach deren Streichung ein dem maßgeblichen Inhalt der Vergabeunterlagen vollständig entsprechendes Angebot, erfolgt kein Ausschluss des Angebotes. Will der Bieter hingegen von seinen Vertragsbedingungen keinen Abstand nehmen, liegt eine gewollte Änderung der Vergabeunterlagen vor, die zum Angebotsausschluss führt.

Des weiteren können Angebote nicht gewertet werden, die nicht rechtzeitig vor dem Ende der Angebotsfrist im System eingestellt sind.

Geänderte Leistungen können nur im Rahmen von Nebenangeboten abgegeben werden, wenn diese ausdrücklich zugelassen sind. Um gewertet zu werden, müssen Nebenangebote als solche gekennzeichnet sein. Nebenangebote müssen gleichwertig zur ausgeschriebenen Leistung sein.

Die nachträgliche Änderung eines Angebots ist nicht möglich. Dies betrifft nicht nur die Angebotspreise, sondern z.B. auch Fabrikate, die Bauzeit oder den Umfang der Eigenleistung.

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Hinweis

Das Vergabeverfahren erfolgt nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV).

1.1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters/Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bieter/Bewerber die Vergabestelle unverzüglich vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

1.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter/Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter/Bewerber auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

1.3 Angebot

1.3.1 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

1.3.2 Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter/Bewerber und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

1.3.3 Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind in Euro (Bruchteile in vollen Cent) ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen. Die Berechtigung zur Verrechnung ermäßigter Steuersätze ist mit dem Angebot nachzuweisen. Soweit ihre Wertung in den Informationen zum Verfahren nicht ausdrücklich vorgesehen ist, werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
- an der dafür vorgesehenen Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

1.3.4 Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden.

Das Angebot muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Die Preise des Angebots müssen grundsätzlich auch die Kosten aller zur Leistung erforderlichen Stoffe, Hilfsstoffe und Lohnnebenkosten sowie alle Nebenleistungen enthalten.

Enthält die Leistungsbeschreibung bei einer Teilleistung eine Produktangabe mit Zusatz „oder gleichwertiger Art“ und wird vom Bieter/Bewerber dazu eine Produktangabe verlangt, ist das Fabrikat (insbesondere Herstellerangabe und genaue Typbezeichnung) auch dann anzugeben, wenn der Bieter/Bewerber das vorgegebene Fabrikat anbieten will. Fehlt diese Angabe, ist das Angebot unvollständig.

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

1.3.5 Wird in der Ausschreibung auf Normen, technische Spezifikationen, europäische technische Zulassungen Bezug genommen, wird das Angebot auch gewertet, sofern der Bieter/Bewerber in seinem Angebot mit geeigneten Mitteln nachweist, dass die von ihm angebotene Lösung den Anforderungen der technischen Spezifikation, auf die Bezug genommen wurde, gleichermaßen entspricht.

1.3.6 Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.

1.4. Datenschutz

- 1.4.1 Die von den Bietern/Bewerbern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.
- 1.4.2 Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.
- 1.4.3. Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

1.5 Nebenangebote

- 1.5.1 Soweit Nebenangebote zugelassen sind, müssen sie die geforderten Mindestanforderungen erfüllen. Sie müssen als solche gekennzeichnet sein, ihre Anzahl ist an der im dafür vorgesehenen Stelle aufzuführen.
- 1.5.2 Nebenangebote müssen qualitativ und quantitativ die durch die Leistungsbeschreibung vorgegebenen Mindestkriterien erfüllen. Sie müssen damit mindestens
- die funktionalen Anforderungen und
 - die wirtschaftlichen Kriterien der ausgeschriebenen Lösung erfüllen, insbesondere Gebrauchstauglichkeit, Folgekosten, Lebensdauer.
- Die Gleichwertigkeit ist mit dem Nebenangebot nachzuweisen.
- 1.5.3 Der Bieter/Bewerber hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.
- Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.
- Soweit der Bieter/Bewerber eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 1.5.4 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 1.5.5 Nebenangebote, die den Nummern 1.5.1 bis 1.5.4 nicht entsprechen, können nicht gewertet werden.

1.6 Bietergemeinschaften

- 1.6.1 Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine Erklärung abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (oder vergleichbarer Zusammenschluss) im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- 1.6.2 Beim Nichtoffenen Verfahren und bei Beschränkter Ausschreibung werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmern gebildet haben, nicht zugelassen.

1.7 Benachrichtigung

Nichtberücksichtigte Bieter/Bewerber erhalten eine Benachrichtigung nach § 134 GWB. Eine Unterrichtung der Bieter erfolgt zudem gem. § 62 VgV.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Rechtsamt Abteilung 3-VMN
Bauhof 9
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831
Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:
Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15
Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insb.:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
 - Beantwortung von Bieterfragen
 - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
 - Abfrage und Überprüfung der Eignung
 - Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b, c und e DSGVO sowie Art. 4 Absatz 1 BayDSG.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit der/dem Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Bei europaweiten Ausschreibungen sind gem. § 8 Abs. 4 VgV für Liefer- und Dienstleistungen bzw. § 20 EU VOB/A i.V.m. § 8 Abs. 4 VgV für Bauleistungen die Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/ der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.

Bei nationalen Ausschreibungen sind gem. § 6 UVgO für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren.

Bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb für Bauleistungen deren Auftragswert 25.000 € ohne USt. bzw. bei Freihändigen Vergaben der Auftragswert 15.000 € ohne USt. übersteigt, sind die in § 20 Abs. 3 VOB/A genannten Informationen sechs Monate vorzuhalten, § 20 Abs. 3 Satz 2 VOB/A.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Nach den oben genannten Rechtsgrundlagen sind die Daten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann das Vergabeverfahren möglicherweise nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgeschlossen und abgewickelt werden.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Aufnahme in eine Bieterkartei

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Rechtsamt Abteilung 3-VMN
Bauhof 9
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Pflege einer Bieterkartei
- Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
- Abfrage und Überprüfung der Eignung
- Berücksichtigung in Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit DSB Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, bis Sie uns von dem Wunsch, aus der Bieterkartei entfernt zu werden, in Kenntnis setzen. Personenbezogene Daten in Unterlagen aus Anlass der Aufnahme in die Bieterkartei (z.B. im Rahmen der Eignungsprüfung) werden so

lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für einen zukünftigen Vertragsschluss erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten können Sie bei Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nicht berücksichtigt werden.

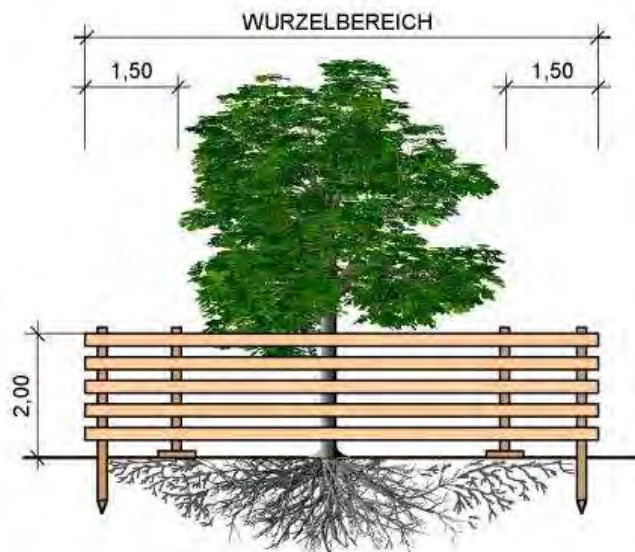
Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft bei der verantwortlichen Dienststelle widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bis zum Widerruf wird davon nicht beeinträchtigt.

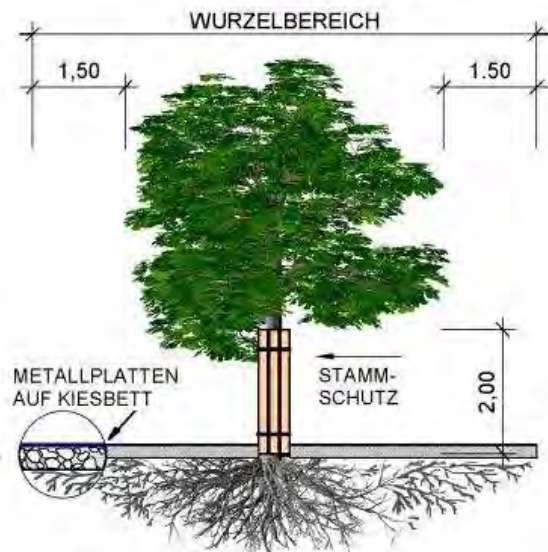
Baumschutz auf Baustellen

AUTOR: ARBEITSKREIS STADTBÄUME, GARTENAMTSLEITERKONFERENZ IM DEUTSCHEN STÄDTETAG

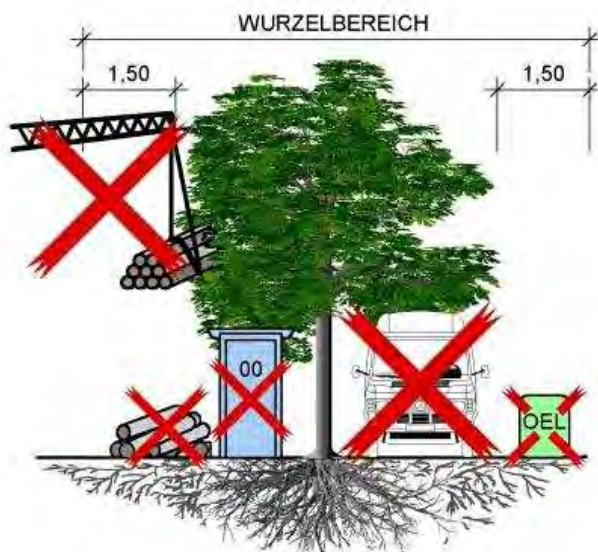
NOVEMBER 2001



WURZELSCHUTZ
DURCH ZAUN

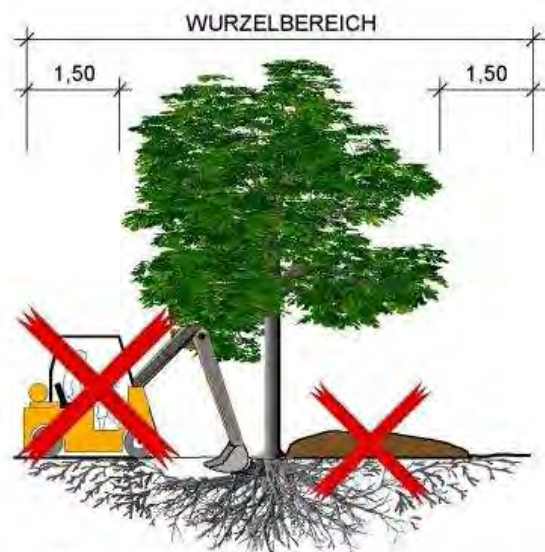


WURZELSCHUTZ
DURCH LASTVERTEILUNG



NICHT BEFAHREN
NICHT ABLAGERN:
- TREIBSTOFFE, CHEMIKALIEN
- BAUMATERIALIEN
- BAUSTELLENEINRICHTUNG
SCHWENKBEREICH BEACHTEN

WICHTIG:
DIN 18920
RAS -LP4
BAUMSCHUTZSATZUNG



KEIN BODENABTRAG
KEINE AUFSCHÜTTUNG
NICHT VERDICHTEN
KEINE LEITUNGSVERLEGUNG!
KRONE SCHÜTZEN

Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung

Für den Rechnungseingang bei der Auftraggeberin stehen drei Wege zur Verfügung. Eine Zustellung über einen anderen Weg ist nicht zugelassen.

Für alle Rechnungsformate gilt:

Eine getrennte Übermittlung von Rechnung und Aufmaß oder sonstigen Anlagen auf unterschiedlichen Wegen kann nur in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt werden. Die Leitweg-ID und die Rechnungsnummer müssen bei allen Formen der Rechnungsübermittlung zwingend angegeben werden.

Zugangswege:

1. Per E-Mail (als X-Rechnung oder PDF) an folgende E-Mailadresse: stadt@rechnung.nuernberg.de.
Ein Versand an andere E-Mailadressen der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen.
2. Per Dateiupload (als X-Rechnung und PDF) auf einem der unter www.lieferanteninfo.nuernberg.de genannten Portale.
Eine Zustellung über andere Datenaustauschwege ist nicht zugelassen.
3. Als Papierrechnung per Post an folgende Postanschrift:

Stadt Nürnberg
Stadt Nürnberg Hochbauamt

Nadine Geßner
Leitweg-ID: 09564000-640B110-96
Postfach 90 01 48
90492 Nürnberg

Alle vorstehenden Angaben werden durch die Auftraggeberin vorgegeben. Es darf darüber hinaus kein Straßenname in der Rechnungsadresse stehen. Eine Zustellung über andere Anschriften der Stadt Nürnberg oder persönliche Übergabe an eine Vertreterin oder einen Vertreter der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen. Rechnungen können auf Grund von Größenbeschränkungen bei Postfächern der Deutschen Post AG nur bis zum Format Maxibrief zugestellt werden. Größere Versandformate werden grundsätzlich nicht angenommen. Die Übergabe größerer Formate kann nur ausnahmsweise in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt sein.

elektronisch übermittelte Rechnungen

Bei elektronisch übermittelten Rechnungen werden die Formate pdf und E-Rechnungen, die konform zur Europäischen Norm 16931 sind, entweder bevorzugt als aktuelle XRechnung oder alternativ als ZUGFeRD ab Version 2 (jeweils in der aktuell gültigen Version) angenommen. Andere Formate sind nicht zugelassen. Rechnungen im Format pdf müssen folgende Aktionen zulassen: Dokument ohne Kennwort ansehen, Text und Grafik aus Dokument kopieren, Dokument drucken, Kommentare hinzufügen oder ändern.

Jede E-Mail an den zentralen Rechnungseingang der Stadt Nürnberg muss genau einen Dateianhang (PDF-Rechnung oder E-Rechnung) enthalten. Dateien dürfen eine Größe von 15 MB nicht überschreiten. E-Mails ohne Dateianhang oder mit mehreren Dateianhängen werden automatisch abgewiesen. Rechnungsbegleitende Dokumente (zum Beispiel Leistungsnachweise, Arbeitsberichte etc.) müssen in die Rechnungsdatei integriert werden. Wichtig ist dabei, dass das Rechnungsbild am Anfang steht. Für jede Rechnung muss eine eigene E-Mail versendet werden. Mehrere Rechnungen in einer Datei sind nicht zulässig. Wichtige Informationen und Angaben gehören nicht in den E-Mail-Text, sondern in den Dateianhang. Bei der elektronischen Rechnungsbearbeitung werden nur die Dateianhänge bearbeitet, der Begleittext in der E-Mail wird nicht zur Kenntnis genommen. Die E-Mail mit der Rechnung darf nicht von einer "No-Reply"-Adresse versendet werden, da sonst Antwortmails, zum Beispiel Fehlermeldungen, nicht beim Absender der Rechnung ankommen.

ZUSÄTZLICHE ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN für die Ausführung von Leistungen

Hinweis

Die genannten Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

1 Art und Umfang der Leistung, Preise (§ 1 VOL/B)

Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für die zur Leistung erforderlichen Arbeitsmittel, Betriebs- und Hilfsstoffe wie Reinigungsmittel, Verpackung o.ä. und die notwendigen Hilfsleistungen wie Transporte, Auf- und Abladen frei Verwendungsstelle, sofern in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist. Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Lieferung/Leistung abgegolten.

Packstoffe hat der Auftragnehmer zurückzunehmen und ggf. wie auch durch seinen Auftrag entstandene Abfälle auf seine Kosten fachgerecht zu beseitigen.

Wenn der Auftragnehmer für sein Angebot eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung benutzt hat, ist allein die vom Auftraggeber verfasste Leistungsbeschreibung verbindlich

Sind in der Leistungsbeschreibung für die wahlweise Ausführung einer Leistung Wahlpositionen (Alternativpositionen) oder für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung Bedarfspositionen (Eventualpositionen) vorgesehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung von Wahlpositionen trifft der Auftraggeber in der Regel bei Auftragserteilung, über die Ausführung von Bedarfspositionen nach Auftragserteilung.

2 Einheitspreise

Der Einheitspreis ist der vertragliche Preis, auch wenn im Angebot der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenangabe und Einheitspreis entspricht.

3 Änderung der Leistung (§ 2 VOL/B)

- 3.1 Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nr.3 eine erhöhte Vergütung, muss er dies dem Auftraggeber unverzüglich – möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach – schriftlich mitteilen.
- 3.2 Sind nach § 2 Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer auf Verlangen seine Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung vorzulegen und Mehr- und Minderkosten nachzuweisen.

4 Ausführungsunterlagen (§ 3 VOL/B)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrundegelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

5 Ausführung der Leistung (§ 4 VOL/B)

- 5.1 Der Auftraggeber kann sich über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten.
- 5.2 Solange der Vertrag nicht beiderseits vollständig erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft dem Auftraggeber unverzüglich unaufgefordert mitzuteilen.
- 5.3 Nach- oder Subunternehmer treten in keinem Fall in rechtliche oder vertragliche Beziehungen zum Auftraggeber. Der Auftragnehmer hat also derartige weiter gegebene Aufträge in eigenem Namen und auf eigene Rechnung zu erteilen. Die Abrechnung gegenüber dem Auftraggeber erfolgt nur mit dem Auftragnehmer.
- 5.4 Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistung alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Verpflichtungen auf Verlangen durch die Vorlage prüffähiger Unterlagen nachzuweisen. Bei einem Einsatz von Nach- oder Subunternehmern sind diese durch den Auftragnehmer entsprechend zu verpflichten und haben die Einhaltung der Verpflichtungen in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

6 Kündigung aus wichtigem Grund (§ 8 VOL/B)

Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

7 Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Nr. 2 VOL/B)

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15 v.H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere solche aus § 8 Nr. 2 VOL/B, bleiben unberührt.

Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen gelten insbesondere Verabredungen und Verhandlungen mit anderen Bietern über

- die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,

- Gewinnaufschläge,
 - Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
 - Zahlungs-, Lieferungs- und andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
 - Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
 - Gewinnbeteiligungen oder andere Aufgaben, sowie Empfehlungen,
- es sei denn, dass sie nach § 24 ff des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

8 Abnahme (§ 13 VOL/B)

- 8.1 Die Lieferung oder Leistung wird förmlich abgenommen.
- 8.2 Die Gefahr geht grundsätzlich erst mit der Abnahme auf den Auftraggeber über.

9 Mängelansprüche (§ 14 VOL/B)

Die Verjährung für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der Leistung bzw. Lieferung.

10 Rechnungen (§§ 15 und 17 VOL/B)

- 10.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 10.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung – gegebenenfalls abgekürzt – wie in der Leistungsbeschreibung aufzuführen.
- 10.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) in Euro aufzustellen: der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung, gilt. Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 10.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.
- 10.5 Die zum uneingeschränkten Vorsteuerabzug erforderlichen gesetzlichen Pflichtangaben nach § 14 Abs. 4 und § 14a UStG sind einzuhalten.
- 10.6 Die Rechnungen müssen neben den Rechnungspositionen und erläuternden Unterlagen wie Aufmaß, Pläne, Lieferscheine oder sonstige Nachweise und erläuternden Unterlagen Dritter folgende Angaben enthalten: Neben den gesetzlichen Vorgaben sind die LeitwegID, der Name der Dienststelle für welche die Leistung erbracht wurde einschließlich Ergänzungen wie Einrichtung, Abteilung, Sachgebiet, Sachbearbeitung, und Auftragsbezug (z.B. Bestellnummer, Lieferort, Leistungsort unter Angabe von Adresse und Gebäude, sofern mehrere Gebäude unter einer Anschrift zu finden sind) anzugeben. Diese Angaben werden vom Auftraggeber mit den ergänzenden Bedingungen zur Rechnungsstellung vorgegeben.

11 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 16 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngößen

enthalten.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden.

Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

12 Zahlungen (§ 17 VOL/B)

- 12.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos im Überweisungsverkehr in Euro geleistet.
- 12.2 Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag, an dem das Geldinstitut den ausführbaren Zahlungsauftrag erhalten hat.
- 12.3 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- 12.4 Für Vorauszahlungen ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft nach dem vom Auftraggeber vorgeschriebenen Muster für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten.

13 Überzahlungen (§ 17 VOL/B)

- 13.1 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 13.2 Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 %-Punkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.
Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.
- 13.3 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche des Auftraggebers beträgt acht Jahre, sie beginnt mit der Schlusszahlung.

14 Abtretung

14.1 Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können ohne Zustimmung des Auftraggebers nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gegen ihn wirksam.

14.2 Eine Abtretung wirkt gegenüber dem Auftraggeber erst,

- wenn sie ihm vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle des Auftrags gemäß dem Formblatt des Auftraggebers schriftlich angezeigt worden ist und
- wenn der neue Gläubiger eine Erklärung gemäß Formblatt mit folgendem Inhalt abgegeben hat:
"Ich erkenne an,

- a) dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,
- b) dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren,
- c) dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,
- d) dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber dem Auftraggeber nicht wirksam ist.

Zahlungen, die der Auftraggeber nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige beim Auftraggeber bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrags an ein Geldinstitut) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn die die Zahlung bearbeitende Kasse schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte."

14.3 Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.

14.4 Ohne Einhaltung der Abtretungsvoraussetzungen nach den Nrn. 14.1 bis 14.3 kann der Auftragnehmer Geldforderungen an einen Dritten abtreten, wenn der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) ist und das Rechtsgeschäft, das die Forderung begründet hat, für ihn ein Handelsgeschäft ist (siehe § 354a Satz 1 HGB). Die Forderungsabtretung entfaltet dann aber keine bindende Wirkung gegenüber dem Auftraggeber; er kann vielmehr weiterhin mit befreiender Wirkung an den Auftragnehmer Zahlungen leisten. Das gilt auch dann, wenn die Forderungsabtretung dem Auftraggeber angezeigt wird oder er anderweitig davon Kenntnis erlangt (siehe § 354a Sätze 2 und 3 HGB).

15 Sicherheitsleistung (§ 18 VOL/B)

15.1 Die Sicherheit für Vertragserfüllung erstreckt sich auf die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich der Abrechnung, für Mängelansprüche und Schadensersatz.

15.2 Die Sicherheit für Mängelansprüche erstreckt sich auf die Erfüllung der Mängelansprüche einschließlich Schadensersatz.

15.3 Wird in den Besonderen Vertragsbedingungen Sicherheit verlangt, hat der Auftragnehmer Sicherheit (vorzugsweise durch Bürgschaft) zu leisten.

- 15.4 Die Sicherheit für Vertragserfüllung und Mängelansprüche beträgt 5 % der Auftragssumme einschließlich Mehrwertsteuer. Bei besonderen Risiken kann sie bis zu 10 % der Auftragssumme einschließlich Mehrwertsteuer betragen. Bei Erhöhung der Auftragssumme um mehr als 50.000 EURO einschließlich Mehrwertsteuer (Nachträge, Mengenerhöhungen usw.) ist die Sicherheit entsprechend zu erhöhen. Der Auftraggeber kann dies auch bei niedrigeren Erhöhungen verlangen.
- 15.5 Der Auftraggeber ist berechtigt, als Sicherheit die entsprechende Summe bei fälligen Zahlungen aus diesem Vertrag einzubehalten. Ein Einbehalt kann durch eine entsprechende Bürgschaft ersetzt werden.
- 15.6 Nach Abnahme, Vorlage der prüfbaren Schlussrechnung und nach Erfüllung aller bis dahin bestehenden Ansprüche kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für Mängelansprüche bis auf 3 % der Abrechnungssumme zuzüglich der voraussichtlichen Aufwendungen für die Beseitigung festgestellter Mängel verringert oder gemäß Nr. 16.5 die Bürgschaft ausgetauscht wird.
- 15.7 Die Sicherheit für Mängelansprüche wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen und die bis dahin geltend gemachten Ansprüche erfüllt sind.

16 Bürgschaften (§§ 17 und 18 VOL/B)

- 16.1 Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, sind die Formblätter des Auftraggebers zu verwenden.
- 16.2 Die Bürgschaft ist von einem
- in den Europäischen Gemeinschaften oder
 - in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
 - in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kredit- oder Kautionsversicherer zu stellen (Konzernbürgschaften sind nicht zugelassen.).
- 16.3 Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:
- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
 - Auf die Einreden der Anfechtung und der Aufrechenbarkeit sowie der Vorausklage gemäß §§ 770 und 771 BGB wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Auftragnehmers.
 - Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
 - Gerichtsstand ist Nürnberg.
- 16.4 Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur einer Urkunde in Euro zu stellen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss die Bürgschaft auf die Arbeitsgemeinschaft ausgestellt sein.
- 16.5 Die Urkunde über die Vertragserfüllungs- und Mängelansprüchebürgschaft wird zurückgegeben, wenn der Auftragnehmer
- die Leistung vertragsgemäß erfüllt hat,
 - etwaige rechtmäßig erhobene Ansprüche befriedigt und
 - eine vereinbarte Sicherheit für Mängelansprüche geleistet hat.

- 16.6 Die Urkunde über die Mängelanspruchsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen und die bis dahin geltend gemachten Ansprüche erfüllt sind.
- 16.7 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

17 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 19 VOL/B)

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

18 Gerichtsstand (§ 19 VOL/B)

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – soweit gesetzlich zulässig – Nürnberg.

Besondere Vertragsbedingungen für Lieferungen und Leistungen

Die §§-Angaben beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

Pommernstr. 10 - Neubau Schulzentrum Südwest / 2.BA - B6.2005 Werkraumausstattung Werkzeuge und Maschinen

technische Ausstattung der Werkräume mit Werkzeugen und Maschinen; Anzahl Werkräume: 3, Anzahl Werknebenräume, Lager und Maschinenräume: 4, Gesamtfläche: 380m²

1. Überwachung der Anlieferung

Die Überwachung obliegt dem Auftraggeber.

Dieser hat Firma/Büro Objektüberwachung mit der Wahrnehmung beauftragt.

Anordnungen dürfen nur vom Auftraggeber bzw. vom oben genannten Beauftragten getroffen werden.

2. Anlieferungs- oder Annahmestelle

Pommernstraße 10

3. Ausführungsfristen

3.1 Anlieferung bzw. Beginn der Ausführung am: 17.08.2026

3.2 Die Leistung ist fertigzustellen bis zum 26.03.2027

3.3 Folgende Einzelfristen sind Vertragsfristen:

Leistung

Datum

siehe "Weitere Besondere Vertragsbedingungen"

4. Vertragsstrafen (§ 11)

Es wird eine Vertragsstrafe vereinbart: **Ja**

4.1 bei Überschreitung der Ausführungsfrist: **0.2** vom Hundert des Endbetrages der Auftragssumme desjenigen Teils der Lieferung/Leistung, der nicht genutzt werden kann.

4.2 bei Überschreitung von Einzelfristen: **0.3** Prozent der den unter Ziffer 3.3 genannten Einzelfristen zugehörigen Auftrags-Teilsummen für denjenigen Teil der Lieferung/Leistung, der nicht genutzt werden kann.

4.3 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 8 vom Hundert des Endbetrages der Auftragssumme begrenzt.

5. Sicherheitsleistung (§18)

Für die Lieferung/Leistung ist Sicherheit zu leisten: **Ja**

Die Sicherheit für die Vertragserfüllung gemäß Nr. 15 ZAVB/L ist zu leisten in Höhe von **5,0 Prozent** der Auftragssumme.

6. Veröffentlichungen

Sämtliche Äußerungen oder Mitteilungen des Auftragnehmers gegenüber Dritten, welche die Leistung, den Inhalt des Vertrages oder dessen Abwicklung betreffen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.

7. Mittelstandsförderung

In Verträgen zwischen Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften sind die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen angemessen zu berücksichtigen. Dies ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen (gemäß Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 20.12.2007 (Nr. I B 1612-917-29-926) in der jeweils gültigen Fassung).

8. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

9.1 Rechtzeitig vor Ausführungsbeginn ist für die mir/uns übertragenen Leistungen eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit ausreichenden Deckungssummen nachzuweisen. Je Schadensereignis sind folgende Mindest-Deckungssummen erforderlich: 3.000.000,00 Euro für Personen, Sach- und Vermögensschäden. Die Gesamtleistung des Versicherers für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres muss mindestens auf das Doppelte der Deckungssumme begrenzt sein (2-fach Maximierung). Der Auftragnehmer hat den Nachweis über die Versicherung unaufgefordert vor Ausführungsbeginn dem Auftraggeber vorzulegen. Die Kosten für die Prämien einschließlich Versicherungssteuer sind in die Einheitspreise des Angebots einzukalkulieren.

9.2 Ortsbesichtigung Frist für Ortsbesichtigung analog der Frist für Bieterfragen. Kontakt für Ortsbesichtigung: Stadt Nürnberg - Hochbauamt Abteilung H/B Kerstin Burkhardt 0911/231-10602 Miriam Fischer 0911/231-10729

9.3 Umlagen / Nutzung (Nur im Fall der Inanspruchnahmen durch den AN) - Wertstoffhof: 0,8 % der Gesamtauftragssumme netto - Containeranlage: 1 St. Magazincontainer á 65 € / angefangene Woche netto 0St. Bürocontainer á 140 € / angefangene Woche netto 1 St. Aufenthaltscontainer á 125 € / angefangene Woche netto

9.4 Einzelfristen: EG PHR SSG Werkräume Vorabstimmung 17.08.2026 EG PHR Werkräume Werkzeuge und Maschinen 04.01.2027 bis 05.02.2027 EG PHR Werkräume 1+1 Test 08.02.2027 bis 12.02.2027 EG SSG Werkräume Werkzeuge und Maschinen 01.02.2027 bis 12.03.2027 EG SSG Werkräume 1+1 Test 15.03.2027 bis 19.03.2027 EG PHR SSG Werkräume Abnahme 22.03.2027 bis 26.03.2027

Erklärung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) und dem Mindestlohngesetz (MiLoG)

Mit Abgabe des Angebots bestätige ich/bestätigen wir, dass im Fall der Auftragserteilung die Entlohnung der an diesem Auftrag beteiligten Arbeitnehmer nicht unterhalb der in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohnsätze erfolgen wird, sowie die Beachtung und Einhaltung der weiteren Vorschriften nach den Bestimmungen des AEntG bzw. des MiLoG. Bei einem Einsatz von Nachunternehmern verpflichte(n) ich/wir diese entsprechend.

Auf Verlangen des Auftraggebers werde(n) ich/wir die Entlohnung von mir/uns und meinen/unseren Nachunternehmern eingesetzten Arbeitnehmern nach den in Bayern geltenden Lohnsätzen nachweisen und hierzu im erforderlichen Umfang Einsicht in meine/unsere Firmenunterlagen gewähren.

Auf Verlangen des Auftraggebers werde(n) ich/wir prüffähige Unterlagen für die an diesem Auftrag beteiligten Arbeitnehmer insbesondere mit folgenden Angaben vorlegen: Anzahl der im fraglichen Zeitraum an diesem Auftrag beteiligten Arbeitnehmer, Namensliste der tätigen Mitarbeiter, Summe der geleisteten und vergüteten Arbeitsstunden, Summe der Bruttolöhne, Abrechnungsmonat/-jahr, Urlaubslisten.

Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Arbeitnehmer mit der Vorlage der vorgenannten Unterlagen und Überprüfung der tarifgerechten Entlohnung sowie der weiteren Vorschriften gemäß den Bestimmungen des AEntG werde(n) ich/wir einholen. Einen Einsatz von Nachunternehmern mache(n) ich/wir auch davon abhängig, dass diese entsprechend verfahren und sich verpflichten, dies in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

Mir/Uns ist bekannt, dass ein Verstoß gegen diese vertragliche Vereinbarung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Aufträgen zur Folge haben kann (§ 42 Abs. 1 Nr. 1 und 2 UVgO bzw. § 124 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 GWB i.V.m. § 21 AEntG bzw. § 19 MiLoG)) und dass eine sofortige Kündigung bestehender Aufträge seitens der Auftraggeberin erfolgen kann.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Pommernstr. 10 - Neubau Schulzentrum Südwest / 2.BA - B6.2005 Werkraumausstattung Werkzeuge und Maschinen

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

- ☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).
- ☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Erklärung Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft

| | |
|---------------|-------------|
| Projektnummer | Projektname |
| | |

Wir erklären hiermit, dass wir im Fall einer Auftragserteilung für o.g. Projekt

- ☐ eine Arbeitsgemeinschaft
- ☐ ein/e _____ (alternativ: vergleichbarer Zusammenschluss)

bilden werden. Diese Gemeinschaft wird aus folgenden Mitgliedern bestehen:

| | Name/Büro | Anschrift |
|---|-----------|-----------|
| 1 | | |
| 2 | | |
| 3 | | |
| 4 | | |

Der/Die für die Durchführung des Auftrags bevollmächtigte Vertreter/-in ist

Name, Anschrift

Der/Die bevollmächtigte Vertreter/-in vertritt die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich. Alle Mitglieder haften als Gesamtschuldner.

Wir erklären hiermit, dass bei allen Mitgliedern

- ☐ keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB vorliegen.
- alternativ:
- ☐ Von jedem Mitglied wird separat eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123 - 124 GWB sowie ggf. Selbstreinigung nach § 125 GWB (siehe Eignungskriterien 1.1.1 – 1.1.4) als Anlage beigelegt.

Die Eigenerklärung bzgl. der Russland EU-Sanktionen ist von jedem Mitglied getrennt beizulegen.

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift Mitglied 1

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift Mitglied 2

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift Mitglied 3

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift Mitglied 4



Verpflichtungserklärung Eignungsleihe

| | |
|---------------|-------------|
| Projektnummer | Projektname |
| | |

| |
|----------------------|
| Bewerber bzw. Bieter |
| |

Bei EU-Ausschreibungen sind die Unternehmen zu benennen, deren Fähigkeiten sich der Bieter im Auftragsfall bedienen wird, und die Nachweise vorzulegen, dass ihm die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zu Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Er hat entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen auf Anforderung des Auftraggebers vorzulegen.

| |
|---|
| Name und Anschrift des sich verpflichtenden Unternehmens (des Eignungsverleihenden) |
| |

Verpflichtungserklärung der Leistungen anderer Unternehmen

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter diesem mit den Fähigkeiten / Kapazitäten unseres Unternehmens für den / die folgenden Leistungsbereiche zur Verfügung zu stehen:

| Eignungskriterium / Teilleistung | Beschreibung der Eignungsleihe |
|--|--------------------------------|
| | |

Der Eignungsverleihende erklärt hiermit, dass

- ☐ keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB vorliegen.

alternativ:

- ☐ Es wird eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123 - 124 GWB sowie ggf. Selbstreinigung nach § 125 GWB (siehe Eignungskriterien 1.1.1 – 1.1.4) als Anlage beigelegt.

Weitere Eignungsnachweise, je nach Art der Eignungsleihe, sind beizulegen.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift Eignungsverleihende(r)



Verpflichtungserklärung Vergabe von Unteraufträgen

| | |
|---------------|-------------|
| Projektnummer | Projektname |
| | |

| |
|----------------------|
| Bewerber bzw. Bieter |
| |

Bei EU-Ausschreibungen sind die Unternehmen zu benennen, deren Fähigkeiten sich der Bieter im Auftragsfall bedienen wird und die Nachweise vorzulegen, dass ihm die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zu Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Er hat entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen auf Anforderung des Auftraggebers vorzulegen.

| |
|--|
| Name und Anschrift des sich verpflichtenden Unternehmens (des Unterauftragnehmers) |
| |

Verpflichtungserklärung der Leistungen anderer Unternehmen

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter diesem mit den erforderlichen Mitteln unseres Unternehmens für den / die folgenden Leistungsbereiche zur Verfügung zu stehen:

| Teilleistung(en) | Beschreibung der Teilleistung(en) |
|----------------------|-----------------------------------|
| | |

Der/Die Unterauftragnehmer/-in erklärt hiermit, dass

- ☐ keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB vorliegen.
alternativ:
 - ☐ Es wird eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123 - 124 GWB sowie ggf. Selbstreinigung nach § 125 GWB (siehe Eignungskriterien 1.1.1 – 1.1.4) als Anlage beigelegt.
- ☐ er / sie nicht in die Hauptkalkulation eingebunden ist und die Einhaltung der Grundsätze des Geheimwettbewerbs sichergestellt sind.

Die Referenzen mit den genannten Mindestanforderungen sind beizulegen.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift Unterauftragnehmer/-in

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur)

01.06.2026

Verfahren: 2026002095 - Pommernstr. 10 - Neubau Schulzentrum Südwest / 2.BA - B6.2005 Werkraumausstattung Werkzeuge und Maschinen

SKONTO

| | |
|------------------------------------|---------|
| Skonto zugelassen | Nein |
| Zahlungsziel (falls zugelassen) | Tag(e) |
| Skonto | _____ % |

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

Leistungsverzeichnis

Auftraggeber: Stadt Nürnberg Hochbauamt
Marientorgraben 11
90402 Nürnberg

Projekt: Neubau Schulzentrum Süd-West
Pommernstraße 10
90451 Nürnberg

Gewerk: Werkzeuge und Maschinen

Projektinformationen und Projektbeschreibung

Projektinformationen und Projektbeschreibung

Projekt Neubau Schulzentrum Süd-West
Pommernstraße 10
90451 Nürnberg

Bauherr Stadt Nürnberg Hochbauamt
Marientorgraben 11
90402 Nürnberg

Projektbeschreibung

Projekt: Pommernstr. 10 - Neubau Schulzentrum Südwest
Bauherr: Stadt Nürnberg
LV: Fachklassenausstattung

1. Beschreibung der Baumaßnahme

Zweiter Bauabschnitt (BA2) des Neubaus Schulzentrum Südwest. Errichtung des Schulgebäudes mit Pergola als Anschluss an die Sporthalle 1 des ersten Bauabschnitts.

1.1 Grundstück

Pommernstraße 10 (2,4,10a)
90451 Nürnberg
Gemarkung Röthenbach bei Schweinau
Flurstück 468/44

Das Vorhaben liegt im Stadtteil Röthenbach im Südwesten der Stadt Nürnberg. Das Grundstück wird nördlich von den Freisportflächen des DJK Eibach, östlich vom geschützten Landschaftsbestandteil „Birkenvorwald westlich des Bahnhofes Eibach“, südlich von der Werkvolkstraße und westlich von der Pommernstraße begrenzt. Es umfasst die Adressen Pommernstraße 2, 4, 10 und 10a. Die amtliche Flurstücksfläche beträgt 62.149m². Das Grundstück hat nur wenige Höhenunterschiede und liegt im Mittel bei +310,00m ü.NN. Das Baugrundstück befindet sich zum größten Teil in Nutzung durch Gebäude, Frei- und Sportanlagen und ist mit diversen Gehölzbeständen, Bäumen und Baumgruppen bewachsen.

1.2 Grundstücksfreimachung

Das gesamte Schulzentrum Südwest bleibt während der Baumaßnahme in Betrieb. Im Zuge der Baumaßnahmen werden die baulichen Anlagen der Bestandsgebäude und die Sportanlagen sukzessive beseitigt und fachgerecht entsorgt. Die bestehenden Versiegelungen (u.a. Pflaster), sowie die untergeordneten Baulichkeiten werden abgetragen. Für die Errichtung des Ersatzneubaus' sind Baumfällungen und Pflanzenrodungen erforderlich. Die anfallenden Humusschichten werden entsorgt. Die bestehenden Geländeauffüllungen und die Verfüllungen der beiden bekannten Bombentrichter werden entsorgt. Die bestehende Netzverteilerstation der Stadtwerke Nürnberg auf dem Baugrundstück wird im dritten Bauabschnitt versetzt. Die bestehenden Ver- und Entsorgungsleitungen wie z.B. Wasser, Abwasser, Gas, Elektro u.a. werden parallel zum Gebäudebestand zurückgebaut, umverlegt oder ergänzt. Das Gelände wurde im 2. Weltkrieg bombardiert. Gemäß einer Auswertung liegen mindestens zwei Bombentrichter vor. Nach dem momentanen Kenntnisstand sind „Altlasten“ durch ehemalige Industriebetriebe oder sonstige Nutzungseinheiten wie Tankstellen etc. nicht bekannt.

Zur Bewertung erfolgte durch die Stadt Nürnberg SUN eine Altlastenvorerkundung. Hierbei erfolgte eine Einstufung der Bodenbelastungen im Bereich der zwei bekannten Bombentrichter mit einer tiefenabhängigen LAGA-Einstufung zwischen Z0-Z2. Im Zuge einer Vorerkundung aus dem Jahr 1997 wurde die Schadstoffbelastung des Bodens auf dem Untersuchungsgrundstück der Kategorie Z1.1 nach LAGA zugeordnet. Als Hauptschadstoff werden hier Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) genannt.

1.3 Gebäudebeschreibung

Siehe Plan: SSW-5-XXX-ARC-UEB-X-000-001 Bauabschnitte

Neubau Schulzentrum Südwest: Errichtung eines Schulgebäudes mit 2 Sporthallen, Freisportanlagen, Stellplätzen sowie Pausenhof in 3 Bauabschnitten:

- 1. Bauabschnitt: Errichtung einer Dreifeldsporthalle (SP1) mit Technikräumen und Außenanlagen (Sport- und Stellplatzflächen) - Fertigstellung im Mai 2023

- 2. Bauabschnitt - Beginn Juni 2023:

- a) Abbruch Bestandsturnhalle und Nebengebäude,
- b) Errichtung Schulgebäude bestehend aus drei Baukörpern:
 - SSG (Gymnasium) - 5-stöckig;
 - GGB (Gemeinschaftsgebäude) - 3-stöckig;
 - PHR (Realschule) – 4-stöckig,
- c) Errichtung einer Pergola (Anbindung an SP1),
- d) Erstellung der Außenanlagen mit Schulhof und Stellflächen

- 3. Bauabschnitt: Abbruch des Bestandsschulgebäudes, Errichtung einer Vierfeldsporthalle mit Pergola zur Anbindung an SGB und Außenanlagen (Sportfeld mit Flutlichtanlage, Sport- und Stellplatzflächen)

Konstruktion:

2. Bauabschnitt – Schulgebäude:

Das Schulgebäude und die Sporthallen werden aufgrund des hohen Grundwasserstandes größtenteils nicht unterkellert. Die Gründung erfolgt als Flachgründung. Für eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Lasten auf dem Baugrund sind monolithische Bodenplatten geplant. Deren Dicken sind an die jeweilige Beanspruchung angepasst und variieren zwischen 50 und 110 cm. Es gibt einzelne Vertiefungen für Medieneinführungen bzw. Aufzugsunterfahrten. Die tragende Konstruktion des gesamten Schulgebäudes ist eine Stahlbetonkonstruktion in Ortbetonbauweise ohne Dehnfugen. Sie besteht aus tragenden Außen- und Innenwänden teilweise als wandartige Träger ausgebildet, Stahlbetonunterzügen und -stützen und Stahlbetondecken. In den Obergeschossen der beiden Schulbaukörper werden die Stahlbetonstützen mit nichttragenden Mauerwerks- und Trockenbauwänden ausgefacht und teilweise bekleidet. Die Treppenläufe bestehen teilweise aus Betonfertigteilen. Die Technikzentralen und horizontalen Lüftungsaufbauten auf den Dächern erhalten einen Sockel aus Stahlbeton, ein Tragwerk aus Stahlstützen und -trägern und eine Bekleidung aus Sandwichpaneelen.

Fassadengestaltung:

2. Bauabschnitt – Schulgebäude:

Die Fassadengestaltung der drei Baukörper des Schulgebäudes variiert. Das gesamte Erdgeschoss und das Gemeinschaftsgebäude erhalten ein Sichtmauerwerk mit Ziegeln im wilden Verband, in das größere zusammengesetzte Fenster- und Türelemente als Lochfassade eingelassen sind. Die Obergeschosse der Schulbaukörper erhalten großzügige Fensterbänder mit Holz-Aluminiumrahmen und die Brüstung eine vorgehängte, hinterlüftete Fassade (VHF) aus PV- bzw. Glaspaneelen. Das Dach wird als Retentionsgründach mit Photovoltaikmodulen ausgebildet.

1.4 Technische Erschließung

Abwasser- / Versorgungsanlagen:

Für die Abwasser Hausanschlusskanäle sind zwei Erschließungskanäle vorgesehen, ein Abwasserkanal ist Bestand und liegt in der Werkvolkstrasse und ist für PHR vorgesehen ein weiterer Abwasserkanal wird neu eingebaut und ist für das SSG vorgesehen. Die Wasserversorgung wird neu errichtet und in die Hausanschlussräume der Neubauten geführt. Das gesamte auf dem Grundstück

anfallende Regenwasser wird auf dem Gelände in Mulden versickert. Die Mulden sind teilweise an Zisternen angeschlossen. Auf den Gebäuden erfolgt die Retention des Niederschlagswassers zunächst auf den Dachflächen und wird im Überlauffall in Regenwassersammelzisternen (Flachtanks) eingeleitet und über eine Auslauf- / Überlaufdrossel mit Auslaufbegrenzung in Mulden abgeleitet und dort versickert.

Stromversorgung:

Auf den Dachflächen und Teilbereichen der Gebäudefassaden werden Photovoltaikmodule installiert. Aufgrund der PV-Anlagen und der hohen Anschlussleistung der Schule (inkl. Lüftungsanlage, Durchlauferhitzer sowie der Flutlichtanlage im Außenbereich) wurde eine eigene Trafostation (SP1) errichtet. Das Schulgebäude wird an das öffentliche Stromnetz angeschlossen.

Wärmeversorgung:

Für die Wärmeversorgung erfolgt der Anschluss an das städtische Fernwärmenetz.

Telekommunikation

Für die EDV-Anbindung und die Aufschaltung der Brandmeldeanlagen werden LWL-Leitungen als Standleitungen durch den/die Netzbetreiber/in verlegt und von den Nutzer*innen gemietet.

1.5 Maßangaben

Baugrundstücksgröße: ca. 62.150m²

2. Bauabschnitt: ca. 22.300m²

maximale Grundfläche: ca. 15.880m²

2. Bauabschnitt: ca. 8.740m²

Bruttorauminhalt: ca. 223.100 m³

2. Bauabschnitt: ca. 158.600m³

OKFF Erdgeschoss Schulgebäude: +/- 0,00 = 310,00 ü. NN
(Höhenbezugssystem DHHN12)

Max. Bauwerkshöhe OK Attika Schulgebäude: +21,05m

1.6 Öffentlich rechtliche Anforderungen

1.6.1 Bauordnungsrecht / Bauplanungsrecht

- Gebäudeklasse 5, Sonderbau

Vorbereitende Bauleitplanung - Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan (FNP)

Der westliche Bereich des Vorhabengrundstücks ist im wirksamen Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Nürnberg als „Fläche für den Gemeinbedarf - Schule“, der östliche Bereich als „Grünfläche - Sportanlage“ dargestellt. Die Darstellungen des FNP sind grundsätzlich nicht parzellenscharf, sie sind daher nicht unmittelbar planungsrelevant.

Verbindliche Bauleitplanung - Bebauungsplan (B-Plan)

Das Vorhabengrundstück befindet sich im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplanes Nr. 3885. Dieser ist am 11.06.1975 rechtsverbindlich geworden. Das Vorhabengrundstück ist vollständig festgesetzt als „Sondergebiet (SO) Schulzentrum“ und als „Baugrundstück für den Gemeindebedarf - Schule -“.

1.6.2 Barrierefreiheit

Die öffentlichen Bereiche des Schulgebäudes werden barrierefrei ausgebildet. Schwellenlose Zugänge erfolgen über die beiden Gebäudezugänge im Osten und Westen. Die einzelnen Geschosse werden über den behindertengerechten Aufzug erschlossen.

1.6.3 Baulicher Brandschutz

Das Schulgebäude ist gemäß BayBo Art. 2 (3) in die Gebäudeklasse 5 einzustufen.

1.7 Öffentliche Erschließung

1.7.1 Verkehrsfläche

Das Schulzentrum Südwest ist sehr gut an den ÖPNV angebunden. Südöstlich des Vorhabensgrundstücks befindet sich in fußläufiger Entfernung der Bahnhof Nürnberg-Eibach (Bus- und S-Bahn-Halt). In der Pommernstraße befindet sich die Bushaltestelle „Schulzentrum Südwest“.

Die neuen Parkplätze für PKW werden jeweils zwischen Sporthalle und Grundstücksgrenze angeordnet. Dort sind auch die Zugänge für die außerschulische Nutzung der Sporthallen (Vereine) positioniert.

1.7.2 Medienanschlüsse

a) Fernwärme

Das Schulzentrum wird über Fernwärme des Energieversorgers N-ERGIE Nürnberg vollständig mit Wärme versorgt.

b) Wasser

Das Schulzentrum wird über die Trinkwasserversorgung der N-ERGIE Nürnberg versorgt. Für die Gebäude werden jeweils eigene, neue Trinkwasseranschlüsse hergestellt.

c) Schmutzwasser

Schmutzwasser wird über die öffentlichen bestehenden Abwasserkanäle abgeführt. Innerhalb des Grundstückes erfolgt die Abwasserentsorgung über neue Kanal-/ Grundleitungssysteme.

d) Regenwasser

Regenwasser wird in Zisternenanlagen, die als Regenrückhaltung dienen, eingeleitet und auf dem Grundstück versickert.

e) Strom

Die Gebäude werden über einen eigenen Trafo versorgt.

f) Internet-/ Netzwerkanbindung

Das Gebäude erhält einen LWL-Anschluss.

2. Allgemeine Angaben zur Baustelle

2.1 Baustelleneinrichtung

2.1.1 Allgemeines

Die allgemeine Baustelleneinrichtung ist im 2. Bauabschnitt (Schulgebäude mit Pergola) in unterschiedlichen Phasen entsprechend des Baufortschritts geplant. Da lediglich eine begrenzte BE-Fläche zur Verfügung steht, wird die BE teils als Vorabmaßnahme bauseits eingerichtet und von einem Baulogistiker koordiniert. Die Gewerke spezifische BE bleibt hiervon unberührt und ist weiterhin Leistung des AN. Sofern keine gesonderten Positionen ausgeschrieben sind, sind die Kosten für die nicht vom AG bereit gestellte Baustelleneinrichtung in die EP einzurechnen.

- Bauphase 1:

Siehe Plan SSW-5-SGB-ARC-LP-X-XXX-001

Zu Beginn der Maßnahme, während der Rohbaumaßnahmen, ist eine kleine allgemeine Baustelleneinrichtung mit Bauzaun, Bauschild und Container für den AG, 1.-Hilfe- und Sanitärcontainer geplant. Der AN Rohbau ist für die allgemeine Baustelleneinrichtung abgesehen von Vorgenanntem selbst verantwortlich. Die Lagerflächen sowie die Baustraße in der Bauphase 1 werden ebenso vom AN Rohbau hergestellt.

- Bauphase 2 und 3:

Siehe Pläne SSW-5-SGB-ARC-LP-X-XXX-002, SSW-5-SGB-ARC-LP-X-XXX-003

Nach Errichtung des Rohbaus und Beginn der Folgegewerke 'Gebäudehülle' (Bauphase 2) und sukzessiv folgend 'Ausbaugewerke' (Bauphase 3) wird die allgemeine Baustelleneinrichtung um Büro- /Aufenthaltscontainer (optional Magazincontainer) für die Unternehmen, weitere Sanitärcontainer sowie mobile Toiletten, einen Wertstoffhof und einen Baulogistiker erweitert. Da die für die BE aller Firmen zur Verfügung stehenden Flächen eingeschränkt sind, werden die Büro-/Aufenthaltscontainer (Umlage), optional Magazincontainer (Umlage) und der Wertstoffhof (Umlage) bauseits eingerichtet und u.a. auch die Anlieferungen von einem Baulogistiker koordiniert. Das Vorhalten inkl. Instandsetzung der vorhandenen Lager- sowie Verkehrsflächen ab Fertigstellung Rohbau sowie die Herstellung weiterer Schotter-/Lagerflächen und Baustraßen werden von einem weiteren Gewerk (AN Baustelleneinrichtung IV (Schotter-/Lagerflächen)) gesondert ausgeführt.

- Bauphase 4:

Mit Reduktion der Gewerke und Start der Außenanlagen verkleinert sich die zur Verfügung stehende BE-Fläche sukzessiv. Zum Ende der Arbeiten wird die BE um den Wertstoffhof, die Lagerflächen sowie die Fläche für die Materialcontainer reduziert. Die Baustraßen werden größtenteils rückgebaut und ein Durchqueren der Baustelle ist nicht weiter möglich. Auch werden die Container AG und allgemeinen Sanitäranlagen in den Bauabschnitt 3 versetzt. Ganz zum Schluss werden die Büro- und Aufenthaltscontainer abgebaut, so dass die Außenanlagen fertiggestellt werden können. Vom AG werden folgende Einrichtungen für die ausführenden Gewerke vorgehalten:

- Bauzaun mit Bautoren als Umfassung der Baustelle, Schließung der Bautore erfolgt mittels Kette und Zahlenschloss
- Baustromanschluss, Baustromversorgung
- Baubeleuchtung im Gebäude der Flucht- und Rettungswege sowie der Treppenhäuser
- Bauwasseranschluss, Bauwasserversorgung
- Sanitär-/Wasch- und Duschcontainer (m / w) sowie Erste-Hilfe-Container
- Baustraße, Schotterflächen für Lagerflächen
- Wertstoffhof einrichten und koordinieren
- Büro- und Aufenthaltscontainer (optional Magazincontainer) einrichten und koordinieren

2.1.2 Bauzaun / Bautüren und -tore

Die Baustelle bzw. Baufläche wird seitens des AN Baustelleneinrichtung I (Bauzaun, Bauschild) allseitig mit einem Bauzaun umschlossen. Die Schließung der Bautore erfolgt mittels Kette und Zahlenschloss.

2.1.3. Baustromversorgung

Die Heranführung an die Verbrauchsstellen ist Sache des AN und mit den Einheitspreisen abgegolten. Die Verwendung der Baustromversorgung zu Heizzwecken außerhalb von Aufenthaltscontainern ist nicht zugelassen.

2.1.4. Baubeleuchtung im Gebäude

Die Baubeleuchtung im Gebäude der Flucht- und Rettungswege sowie der Treppenhäuser wird bauseits gestellt. Zudem sind in die EP alle Kosten für die Ausrüstung des jeweiligen Arbeitsbereiches, -platzes oder -raumes als Ergänzung zur bauseits gestellten Baubeleuchtung einzurechnen.

2.1.5. Bauwasserversorgung

Die Heranführung an die Verbrauchsstellen ist Sache des AN und mit den Einheitspreisen abgegolten.

2.1.6. Abwasser

Brauch-, Ab- und Trinkwasser darf nicht unkontrolliert entweichen. Die Reinigung von Arbeitsgeräten und Material darf nicht auf unversiegelten Flächen erfolgen. Anfallendes Schmutzwasser ist als Abwasser ordnungsgemäß und kontrolliert abzuleiten. Einleitstellen sind mit der örtlichen Bauleitung des AG abzustimmen.

2.1.7. Einmessarbeiten

Das Abstecken der Hauptachsen und Festlegen der Höhenpunkte wird gem. VOB vom AG veranlasst. Auslotung und Abschnürung des Gebäudes, das Anbringen von Messfixpunkten, das Anlegen von Hilfs- und Konstruktionsachsen und Fluchten für das Aufmaß und die Montage sowie sonstige Einmessarbeiten oder Kontrollmessungen, die zur Leistungserfüllung des AN erforderlich sind und die über die vom AG zur Verfügung zu stellenden Absteckungen und Höhenfestpunkte hinausgehen, sind gem. VOB Sache des AN. Die Kosten hierfür sind in die Einheitspreise des Angebotes einzurechnen, sofern hierfür keine gesonderten Positionen vorgesehen sind. Unstimmigkeiten, die der AN beim Aufmaß oder bei der Montage feststellt, hat er dem AG / der örtlichen Bauüberwachung unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Markierungen auf den sichtbar bleibenden Betonoberflächen oder anderen fertigen Oberflächen sind untersagt. Die Aufwendungen für das Entfernen von Zuwiderhandlungen gehen zu Lasten des Verursachers.

2.1.8. Genehmigungen

Behördengenehmigungen, z.B. zur Sondernutzung öffentlichen Straßenraumes, verkehrsrechtliche Anordnungen, o.ä., die zur Ausführung der Vertragsleistungen erforderlich werden, sind durch den AN einzuholen. Die Gebühren trägt der AG. Verkehrsrechtliche Anordnungen (VRAO) und notwendige Verkehrssicherungen sind einschl. Stellung eines verantwortlichen Bauleiters und notwendiger Kontrollgänge, inkl. Protokollierung mittels Formblatt gem. RSA / ZTV-SA, sind Leistung des AN. Sie sind gem. RSA / ZTV-SA auszuführen und in die EP einzukalkulieren.

2.1.9. Rückbau Baustelleneinrichtung

Der AG ist rechtzeitig über den beabsichtigten Abbau der Baustelleneinrichtung oder wesentlicher Teile davon zu unterrichten. Nicht mehr benötigte Teile der Baustelleneinrichtung sind nach Abstimmung mit der örtlichen Bauüberwachung unverzüglich zu entfernen. Vom AG zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind dem früheren Zustand entsprechend wiederherzustellen, soweit die Zustandsveränderung vom AN zu vertreten ist.

2.2 Büro- und Aufenthaltscontainer

Aufgrund der begrenzten Fläche für die Baustelleneinrichtung werden Büro- und Aufenthaltscontainer (optional Magazincontainer) ab der 2. BE-Phase auf dem Baugelände bereitgestellt. Diese werden vom Bauleiter koordiniert.

Optional können auch Magazincontainer im EG der zwei Containeranlagen genutzt werden. Dies hängt jedoch von der Nachfrage und begrenzten Anzahl ab. Das Angebot der bauseits gestellten Büro- und Aufenthaltscontainer (optional Magazincontainer) kann der AN - sofern der AN diese nutzen möchte - Zug um Zug gegen eine Pauschale in Anspruch nehmen. Nutzungskonditionen siehe Punkt 2.4 (LV-Vorbemerkungen). Alternativ ist der AN selbstständig für das Stellen und Vorhalten von Büro-, Aufenthalts- sowie Magazincontainern während seines Ausführungszeitraumes verantwortlich, hat dies entsprechend in die EP einzukalkulieren und unmittelbar nach Beauftragung mitzuteilen. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aufgrund der geringen BE-Flächen dem AN keine exklusiven Stellflächen für Büro- und Aufenthaltscontainer auf dem Baugelände zur Verfügung gestellt werden können und der AN selbst Sorge zu tragen hat, sich abseits des Baugrundstückes Aufstellflächen für Büro-/Aufenthaltsräume anzumieten o.ä..

2.3 Zentrale Müllentsorgung

Ein Wertstoffhof einschl. Entsorgungslogistiker wird bauseits ab Bauphase 2 (ca. ab Frühjahr 2025) vom AG zur Verfügung gestellt. Der AN kann das Angebot des zentralen Wertstoffhofes und Müllmanagements im Gegenzug einer Umlage in Anspruch nehmen. Alternativ ist er selbst für seine Müllentsorgung auf Nachweis verantwortlich. Der AN hat dies direkt nach Beauftragung der AG und der OÜ mitzuteilen und jeweils nachzuweisen. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aufgrund der geringen BE-Flächen keine Stellflächen für Entsorgungscontainer des AN zur Verfügung gestellt werden könne und der AN selbst Sorge zu tragen hat, seinen Müll umgehend aus dem Gebäude und von der Baustelle zu beseitigen. Das beiliegende Baulogistikhandbuch ist zu beachten.

2.4 Umlagen / Nutzungskonditionen

Für das bauseitige Angebot der zentralen Müllentsorgung über den Wertstoffhof werden ab der 2. BE-Phase folgende Umlagen der einzelnen Abschlagsrechnungen des AN in Abzug gebracht:

- Umlagefaktor Wertstoffhof: 0,8 % der Gesamtauftragssumme netto

Die Anzahl der für jedes Gewerk zur Verfügung stehenden Büro-, Aufenthalts- und Magazincontainer ist im Vorfeld festgelegt und kann vom AN in Anspruch genommen werden. Für die Nutzung von Büro-, Aufenthalts- sowie Magazincontainern ab der 2. BE-Phase wird ein Pauschalbetrag je Woche und Container in den einzelnen Abschlagsrechnungen des AN in Abzug gebracht.

Folgende Container stehen dem AN für die Anmietung zur Verfügung:

- 1 St. Magazincontainer á 60€ / angefangene Woche netto
- 1 St. Aufenthaltscontainer á 125€ / angefangene Woche netto

Nach Abschluss der wesentlichen Leistungen des Hauptauftrages sind die Container nach Abstimmung und Aufforderung der Bauleitung zu beräumen.

2.5 Erschließung / Verkehrssicherung / Lieferverkehr

Durch den unmittelbar in der Nähe liegenden Bahnhof Eibach wird die Werkvolkstraße als Schulweg genutzt. Hieraus resultierend ist mit erhöhter Aufmerksamkeit bei der Baustellenein- und -ausfahrt zu agieren. Die Zufahrt zum Areal kann nur über die Pommernstraße erfolgen. Liefer- und Abtransport sind so zu terminieren, dass diese nicht mit dem fließenden Stadtverkehr und den Schulanfangs- und endzeiten kollidieren. Wartende LKW sind im Umfeld der Baustelle nicht zulässig.

An der Ausfahrt ist bei An- und Abtransport stets ein Sicherheitsposten (Einweiser) zu platzieren, der die gefahrlose Ein- und Ausfahrt von LKW zur Baustelle regelt. Dies ist eine einzukalkulierende Nebenleistung.

Lieferungen sind der örtlichen Bauüberwachung und dem Baulogistiker frühzeitig mitzuteilen und rechtzeitig eine Anmeldung vorzunehmen. Der AN hat alle Anlieferungen so zu steuern, dass diese erst dann auf die Baustelle geliefert werden, wenn Personal des AN zum Empfang sowie zur sicheren Lagerung und Aufbewahrung bereitsteht. Nicht angekündigte Lieferungen können zurückgewiesen werden. Die örtliche Bauüberwachung nimmt keine Lieferung an. Lieferverkehr ist werktags nur zwischen 08:30 - 13:00 Uhr und 13:30 - 20:00 Uhr zulässig, außerhalb dieser Zeiten nach Absprache mit der örtlichen Bauüberwachung und den zuständigen Behörden.

Verkehrsbeschränkungen:

Die Schutzbedürftigkeit der benachbarten Schulgebäude ist durch den Baubetrieb in besonderer Weise zu berücksichtigen. Hier ist zu Stoßzeiten mit Schulbusverkehr und erhöhtem Personenaufkommen, vor allem durch die Nähe des Bahnhofs Eibach, im Bereich der Baustellenzufahrt zu rechnen. Bei den Zu- und Abfahrten auf der Baustelle ist daher auf den Fußgängerverkehr besonders zu achten. Auch auf Anwohner ist entsprechend Rücksicht zu nehmen. Die Anlieferung von 07:30 – 08:30 Uhr sowie 13:00 - 13:30 Uhr ist grundsätzlich untersagt.

Aufgrund der Vielzahl an Bauvorhaben in Stadtgebiet Eibach sollen im Hinblick auf die Baulogistik Überschneidungen des Baustellenverkehrs vermieden werden. Aufgrund der nahegelegenen Baustelle „Grundschule Fürreuthweg“ darf der Baustellenverkehr / Andienung der Baustelle zu keinem Zeitpunkt über die Eibacher Schulstraße erfolgen.

Die Anlieferung über die Eibacher Schulstraße ist grundsätzlich untersagt.

2.6 Vorhandene Kabel, Leitungen, Anlagen

Vor Beginn der Arbeiten hat sich der AN über den Verlauf von Anlagen, Kabeln und Leitungen (sowohl unter- als auch oberirdisch) zu informieren. Notwendige Umlegungen sind rechtzeitig vom AN zu beantragen. Baustellen- und endgültige Anschlüsse müssen zugänglich bleiben und geschützt werden.

2.6.1 20-kV und 110-KV-Leitung

Eine 20-kV-Mittelspannungstrasse verläuft im Gehwegbereich entlang der Werkvolkstraße. Eine 110-kV-Hochspannungstrasse verläuft im Gehwegbereich entlang der Werkvolkstraße, biegt in die Pommernstraße ab und verläuft im östlichen Gehwegbereich und somit entlang der Grundstücksgrenze SSW bis auf Höhe Jägerstraße, in welcher die Trasse dann weiter verläuft. Arbeiten in der Nähe der vor genannten Trassen sind im Vorfeld frühzeitig mit der N-Ergie eng abzustimmen. Dies betrifft insbesondere die Arbeiten im Schutzbereich der 110-kV-Hochspannungstrasse. In Abstimmung mit der Objektüberwachung sind die exakten Arbeiten durch den AN der N-Ergie zu definieren und zu beschreiben. Anschließend werden die Auswirkungen auf die Trasse durch die N-Ergie geprüft, die Auflagen und Hinweise für die einzelnen Leistungen mitgeteilt, die ggf. notwendigen Schaltungen koordiniert, beantragt und die Arbeiten final einzeln freigegeben. Das Merkblatt für Arbeiten im Nahbereich von 110-kV-Hochspannungskabeln ist zwingend zu beachten. Hier sind sowohl die Vorgehensweise bei Arbeiten sowie der Schutzbereich definiert.

2.7 Verkehrslastbeschränkungen

Überfahrten von vorhandenen Anlagen, Kabeln und Leitungen mit LKW u.dgl. sind nur auf asphaltierten Baustraßen und/oder Freigabe der örtlichen Bauleitung erlaubt.

2.8 Schlitz-/Stemmarbeiten

Schlitz- und Stemmarbeiten sind im Sichtbeton nicht zulässig, andernfalls zu vermeiden. Sind diese jedoch unumgänglich, dürfen sie nur nach Abstimmung mit der Objektüberwachung und dem Tragwerksplaner nach erfolgter Freigabe ausgeführt werden. Bei Nichtbeachtung gehen die Kosten der erforderlichen Nacharbeiten zu Lasten des AN.

2.9 Bauschild / Werbeverbot

Alle AN bekommen die Möglichkeit, sich auf einer vom AG bereitgestellten Firmenleiste auf dem Bauschild einzutragen. Werbung - das Aufstellen, Anbringen eigener Firmenwerbung jeglicher Art - ist im gesamten Baustellenbereich sowie auf den verbauten und angelieferten Produkten und Materialien nicht gestattet. Herstellerangaben / -namen und Produktbezeichnungen auf verbauten Materialien dürfen max. BxH 100x10 mm sein.

2.10 Parkmöglichkeiten

Parkmöglichkeiten sind weder auf dem Baufeld, noch auf der BE-Fläche vorhanden. Bei Zuwiderhandlung behält sich der AG vor, Fahrzeuge zu Lasten des Verursachers abschleppen zu lassen.

2.11 Umgebung / Nachbar

Allgemein ist hinsichtlich Lärm, Sicherheit und Baustellenverkehr auf die Nachbarschaft Rücksicht zu nehmen. Direkt angrenzend befindet sich eine Schule im Betrieb. Hier ist besondere Rücksicht hinsichtlich der Anlieferungen und des Baustellenverkehrs zu nehmen.

2.12 Prüfungszeiträume der Schulen

In den Monaten April-Juni werden im Schulgebäude und der Sporthalle Abitur- und Realschulprüfungen durchgeführt. An ca. 18

Werktagen in diesem Zeitraum dürfen keine Arbeiten auf der Baustelle erfolgen. Die genauen Zeiträume und Baustellenabläufe werden dem AN durch den AG rechtzeitig mitgeteilt. Nachfolgende Stillstandzeiten sind mit in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Prüfungstermine:

2026

Abitur 2026

9 Werktage im April bis Juli 2026

Mittlere Reife 2026

9 Werktage im Mai bis Juli 2026

2027

Abitur 2027

9 Werktage im April bis Juli 2027

Mittlere Reife 2027

9 Werktage im Mai bis Juli 2027

2028

Abitur 2028

9 Werktage im April bis Juli 2028

Mittlere Reife 2028

9 Werktage im Mai bis Juli 2028

3. Angaben zur Baustellenorganisation

Die folgenden Punkte 3.1 bis 3.17 gelten in Ergänzung zu:

1. Anlage 03 Besondere Vertragsbedingungen Punkt 6

3.1 Terminplan

Der AN hat einen Baufristenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Notwendige Umläufe für die Prüfung von Werkstattplanungen, Freigaben, Bestellfristen, vorgezogene Maßnahmen u. dgl. sind zu berücksichtigen und einzutragen. Zwischentermine sind entsprechend dem Bauablauf fortzuschreiben. Der Endtermin bleibt hiervon unberührt.

Die Festlegungen des AG, z. B. zur baufachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen. Bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan durch den AN unverzüglich zu überarbeiten. Der Plan ist dem AG max. 12 Werktage nach Auftragserteilung, bei Überarbeitungen unverzüglich, jeweils in 3 Ausfertigungen, mpp- Datei und als pdf-Datei zur Freigabe vorzulegen. Zwischentermine werden anhand des Projektterminplanes zwischen dem AN und AG nach Auftragserteilung festgelegt und vereinbart.

3.2 Dokumentationsunterlagen

Der Auftragnehmer hat die komplette Dokumentation seiner Leistung vier Wochen vor dem Abnahmetermin an den Auftraggeber zu übergeben. Die Übergabe erfolgt, wenn in den Titeln oder Positionen im LV nicht anders beschrieben, wie folgt:

- in Papierform, in 1-facher Ausfertigung, zusammengestellt in Ordnern, Größe DIN A 4,
- zusätzlich digital auf Datenträger

Die Dokumentation muss in folgender Reihenfolge enthalten:

- 00 Inhaltsverzeichnis
- 01 Fachunternehmer- und Fachbauleitererklärung
- 02 Übereinstimmungserklärungen
- 03 Prüfzeugnisse, allgemeine bauaufsichtliche Zulassungen, Zustimmungen im Einzelfall
- 04 Einbauvorschriften
- 05 Materiallisten
- 06 Produktunterlagen, geordnet nach:
 - a. Fabrikat
 - b. Modell- bzw. Artikelnummer
 - c. Farbangaben
 - d. Materialangaben, Produktdatenblätter
 - e. Hersteller und Lieferant
 - f. Einbauanleitungen
 - g. Wartungs- und Pflegeanleitungen
- 07 Werkstattzeichnungen, statische Berechnungen
 - a. Planlisten
 - b. statische Berechnungen
 - c. Werkstatt- und Montagepläne
 - d. Detailpläne
- 08. Bautagesberichte
- 09 Abnahmeprotokoll ggf. mit Mängellisten
- 10 Firmenprotokolle
 - a. Betriebsvorschriften
 - b. Funktionsbeschreibungen
 - c. Protokolle zu Leistungen während der Bauzeit, die zu protokollieren waren.
- 11 CD oder DVD mit allen von 00 bis 10 aufgeführten Unterlagen. Die hierfür erforderlichen Kosten sind in den Angebotspreisen mit zu berücksichtigen.

3.3 Luftdichtheitsprüfung (Blower-Door-Test)

Das Gebäude ist nach DIN 4108-7:2011-01 luftdicht auszuführen. Zur Bewertung der Gebäudedichtheit werden in der Tabelle 4 der DIN V 18599-2 Bemessungswerte n_{50} für den Luftwechsel bei einer Druckdifferenz von 50 Pa angegeben. Dieser Wert ist ein Maß für die Infiltration infolge undichter Fenster und Bauteilanschlüsse. Nach den energetischen und bauphysikalischen Standards für das Schulzentrum Südwest ist folgender Zielwert für das Schulgebäude gefordert:

Zielwert Schulgebäude: $n_{50} < 0,30 \text{ h}^{-1}$

Die Überprüfung erfolgt anhand einer Differenzdruckmessung (Blower-Door-Test) entsprechend der Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes und der DIN EN ISO 9972:2018-12, nach Fertigstellung der Gebäudehülle im Auftrag des AG.

3.4 Inbetriebnahme-Management

Für den gesamten Bauabschnitt BA 2 wird ein separat definiertes und beschriebenes Inbetriebnahme-Management umgesetzt. Alle daraus erforderlichen Leistungen sind im nachfolgenden Leistungsverzeichnis als separate Positionen ausgewiesen und beschrieben. Die Teilnahme, Umsetzung, Zuarbeit und Unterstützung ist für jedes beteiligte Gewerk verpflichtend. Der grundlegende Ansatz ist, dass alle technischen Anlagen strukturiert und in der Abfolge der Abarbeitungen nach Baufertigstellung in Betrieb gesetzt, getestet, und alle Anforderungen an Funktion, Kommunikation und Zusammenwirken der Anlagen geprüft werden. Die Gesamtkoordination liegt beim Inbetriebnahme-Manager des AG, sowie dem Gewerk Gebäudeautomation als ausführende Firma. Grundsätzlich erfolgt erst nach Abschluss des kompletten IBM (inkl. Probetrieb) die VOB-Abnahme der einzelnen Gewerke, um die korrekte Umsetzung aller geforderten Funktionen nachweislich dem Bauherrn sicherstellen zu können. Das IBM ersetzt nicht die nach VOB-C geforderten und zu erbringen- den Leistungen des jeweiligen AN, sondern ergänzen diese noch. Die zusätzlich benötigten Dienstleistungen sind in den eigens dafür integrierten Leistungsbeschreibungen definiert und vom AN umzusetzen. Zusätzlich werden im Rahmen des IBM auch separate Test (z.B. Rauchtest, Notstromtest, etc.) durchgeführt, welche durch den jeweiligen AN vorzubereiten und bei Bedarf zu begleiten sind.

3.5 Bauwesenversicherung

Die Stadt Nürnberg schließt eine Bauwesensversicherung für das Bauvorhaben ab. Der Auftragnehmer hat einen Nachweis für das Bestehen einer Betriebs- / Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von je 3 Mio. Euro bzw. 5. Mio. Euro je Schadensfall einschließlich einer Mehrfachmaximierung der Deckungssumme je Versicherungsjahr vorzulegen.

3.6 Planunterlagen

Planunterlagen werden dem AN vom AG/Planer in digitaler Form auf dem Planserver zur Verfügung gestellt. Die Ausführung erfolgt nach den aktuellen, auf den Planserver eingestellten, Architektenplänen und den Planunterlagen der Fachplaner sowie der Werkstatt- und Montageplanung des AN. Sämtliche Planungsunterlagen sind der Ausführung zu Grunde zulegen und zeitgleich auf der Baustelle vorzuhalten und gegeneinander abzugleichen bzw. zu prüfen. Abweichungen sind innerhalb von 5 Arbeitstagen (AT) nach Planerhalt schriftlich dem AG anzuzeigen. Sämtliche Planungsunterlagen sind über den PDM Planserver eigenständig einzustellen und zu beziehen.

3.7 Muster und Bemusterungen

Muster für Materialien, Farben und Formen sind vom AN rechtzeitig und ggf. in Varianten und mehrfachen Umläufen vor Ausführung vorzulegen und vom AG bestätigen zu lassen. Diese Leistungen dienen der Entscheidungs- und Montagehilfe und sind, sofern sie Besondere Leistungen darstellen, als eigene Positionen im Leistungsverzeichnis aufgeführt. Muster nach Auftragserteilung, welche nicht den vertraglichen Anforderungen entsprechen, müssen auf Kosten des AN neu gefertigt bzw. vorgelegt werden. Hierdurch entstehende Terminverschiebungen gehen zu Lasten des AN und berechtigen nicht zur Anmeldung von Behinderungen durch den AN.

3.8 Prüfzeugnisse / Produktdatenblätter

Vor Ausführung/Bestellung der einzubauenden Materialien sind dem AG bzw. der örtlichen Bauüberwachung unaufgefordert alle Prüfzeugnisse und entsprechenden Technischen Merkblätter vorzulegen.

3.9 Bauleiter Auftragnehmer / Baustellenbesetzung

Der vom AN beauftragte Bauleiter und ggf. sein Vertreter sind dem AG vor Ausführung bekannt zu geben. Der Nachweis über die Fachkunde des Bauleiters ist dem AG vorzulegen. Der Bauleiter muss der deutschen Sprache mächtig sein. Er muss ständig also auch außerhalb der Arbeitszeit zu erreichen sein, wenn dies gefordert wird. Ein Wechsel des Firmenbauleiters ist dem AG bzw. der örtlichen Bauüberwachung unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Der AN ist verpflichtet, die Baustelle während der Ausführung der vertraglich geschuldeten Leistung werktags zu den üblichen Arbeitszeiten ohne Unterbrechung bis zum Abschluss der Maßnahme mit ausreichend Personal zu besetzen, um termingerecht seine vertraglich vereinbarten Leistungen zu erbringen.

3.10 Bautagesberichte

Der AN hat Bautagesberichte im Format DIN A4 sowie digital zu führen und dem AG bzw. seiner örtlichen Bauleitung einmal wöchentlich, für jeden Arbeitstag einzeln, zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrags von Bedeutung sein können.

3.11 Baubesprechungen

Der AN hat innerhalb seines Ausführungszeitraumes an den wöchentlich stattfindenden Baubesprechungen inkl. anschließenden Baubegehungen und Baurundgängen für das IBM mit einem geeigneten, bevollmächtigten Vertreter, der vor Beginn der Arbeiten benannt werden muss, teilzunehmen. Eine Vergütung der Teilnahme erfolgt nicht. Das Ergebnis dieser Gespräche wird in Protokollen durch die örtliche Bauüberwachung festgehalten. Einsprüche gegen das Protokoll sind spätestens in der nächstfolgenden Sitzung geltend zu machen.

3.12 Kalkulationsgrundlagen

Die technischen Angaben dieser Ausschreibung stellen qualitative Mindestanforderungen dar. Die Ausführungs- und Leistungsbeschreibung sowie die beigefügten Zeichnungen erläutern das geforderte Konstruktionsprinzip und die Anforderungen an die zu erstellenden Arbeiten. Die technischen Anforderungen der Leistungsbeschreibung und die dargestellte formale Gestaltung sind verbindlich für die Preiskalkulation. Die konstruktive (Detail-) Ausführung ist dem Bieter zur Anwendung eigener Erfahrungen und der betriebseigenen Verfahrensweise unter Berücksichtigung der oben genannten Anforderungen freigestellt. Eine Qualitätsminderung gegenüber der ausgeschriebenen Leistung ist nicht zulässig.

3.13 SiGe-Koordinator

Auf der Baustelle gelten die Arbeits- und Gesundheitsbestimmungen gemäß Baustellenverordnung (BaustellV). Gemäß der Baustellenverordnung hat der AG einen Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator eingeschaltet. Den Anweisungen des Koordinierenden (auch Festlegungen im SiGePlan) ist unbedingt Folge zu leisten. Der AN hat alle erforderlichen Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu treffen und die Hinweise des Koordinators und den Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan zu berücksichtigen. Der SiGePlan für die Firmen wird auf der Baustelle sichtbar ausgehängt. Die Mitarbeiter des AN müssen sich mit dem Inhalt des SiGe-Plans und den zugehörigen Erläuterungen vor Beginn der Arbeiten vertraut machen. Im Zuge der Koordination gemäß Baustellenverordnung verpflichtet sich der AN vor Beginn der Arbeiten, dem SiGeKo folgende Unterlagen zur Verfügung zu stellen:

- Namensliste der Ersthelfer und der Aufsichtführenden, die auf der Baustelle eingesetzt werden sollen
- Gefährdungsbeurteilung des Arbeitsplatzes gem. Arbeitsschutzgesetz
- Prüfnachweise der Arbeitsmittel, soweit diese durch Vorschriften der BG oder andere Vorschriften gefordert werden
- Sachkundenachweis für Eingriffe in den Straßenverkehr, soweit diese aus Gründen der Baustelleneinrichtung notwendig sind
- Montageanweisungen für Montagetarbeiten, soweit erforderlich

sowie alle weiteren vom SiGeKo geforderten Unterlagen.

3.14 Arbeitszeiten / Baustellenbesetzung / Alkohol-, Rauschmittel- und Rauchverbot

Die Arbeitszeiten müssen den gültigen Bestimmungen entsprechen. Arbeiten auf der Baustelle sind zugelassen montags bis freitags im Zeitraum zwischen 7:00 und 20:00 Uhr sowie samstags im Zeitraum zwischen 7:00 und 15:00 Uhr. Ausnahmen sind mit dem Bauherrn und mit den zuständigen Behörden eigenverantwortlich abzustimmen. Es besteht ein generelles Alkohol- und Rauschmittelverbot für alle am Bau Beteiligten. Ab Beginn der Ausbauarbeiten bzw. mit Fassadenverschluss gilt im Gebäude strenges Rauchverbot. Bei Zuwiderhandlung wird ein Baustellenverbot ausgesprochen.

3.15 Brandschutzmaßnahmen während der Bauzeit

Der Bieter hat den Brandschutz auf der Baustelle sicherzustellen, insofern die Ausführung der eigenen Leistung betroffen ist. Dem Vertreter des AG ist ein zuständiger Ansprechpartner zu benennen. Während der Bauzeit sind vorbeugende Brandschutzmaßnahmen

betrieblicher Art zu treffen. Auf die technische Regel "Baustellen- Unverbindlicher Leitfaden für ein umfassendes Schutzkonzept VdS 2021" wird hingewiesen. In dem Bauobjekt bzw. auf dem Baugelände dürfen brennbare Baustoffe und sonstige brennbare Gegenstände nur örtlich und in Tagesgebrauchsmengen begrenzt, gelagert werden. Dies gilt auch für brennbare Flüssigkeiten und brennbare Gase. Brennbare Abfallstoffe sind täglich aus dem Bauobjekt zu entfernen. Großbehälter mit brennbaren Baustoffen sind mit einem Abstand von mindestens 10,0m zu den Objekten aufzustellen. Bei feuergefährlichen Arbeiten, z. B. Schweißen, Abbrennen, Schneiden, sowie beim Umgang mit offener Flamme in Verbindung mit brennbaren Baustoffen, sind Brandschutzposten einzuteilen. Es sind geeignete Feuerlöschgeräte bereitzustellen. Nach Beendigung feuergefährlicher Arbeiten sind Nachkontrollen durchzuführen. Auf die Unfallverhütungsvorschrift "Schweißen, Schneiden und verwandte Verfahren" ASR A2.2, Betriebssicherheitsverordnung und DGUV Information 205-001 „Arbeitssicherheit durch vorbeugenden Brandschutz“ wird hingewiesen. Bei potenzieller Schwelbrandgefahr muss eine Brandwache von mind. zwei Stunden durchgeführt und somit betreffende Feuerarbeiten rechtzeitig vor Feierabend beendet werden.

3.16 Umweltschutz / Lärmschutz

Während der Bauzeit die allgemein gültigen Vorschriften zum Schutz gegen Baulärm sind einzuhalten. Außerdem sind die Auflagen und Verwaltungsvorschriften des Immissionsschutz- und des Abfallbeseitigungsgesetzes zu beachten und strikt einzuhalten. Die Belästigungen im Baustellenbereich an/auf den Zufahrtsstraßen durch Lärm, Staubbildung o. ä. bei den Arbeiten und Transporten sind auf das unvermeidbare Maß zu beschränken. Der AN hat alle Arbeiten mit Geräten auszuführen, die dem neuesten Stand des Immissionsschutzgesetzes entsprechen. Er trägt die alleinige Verantwortung für die Einhaltung aller Auflagen und einschlägigen Bestimmungen. Die Kosten dafür sind als Nebenleistungen entsprechend zu berücksichtigen. Der Einsatz der Maschinen und Geräte muss den Bestimmungen der 32. BImSchV (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung) entsprechen. Merkblatt zum Schutz gegen Baulärm der Stadt Nürnberg ist zu beachten. Der Erhalt von Bäumen, Sträuchern und Pflanzbeständen in den nicht unmittelbar vom Baugeschehen in Anspruch genommenen Flächen ist zu gewährleisten bzw. gemäß den gesetzlichen Vorschriften sicher zu stellen. Es dürfen nur ausgewiesene Flächen für die Baustelleneinrichtung genutzt werden. Zum Schutz des Grundwassers sind etwaige Öl- oder Treibstofflager nach den gültigen Vorschriften herzurichten und der örtlichen Aufsichtsbehörde anzuzeigen und von ihr genehmigen zu lassen. Die Betankung von Baumaschinen und deren Wartung hat so zu erfolgen, dass Grundwasserverunreinigungen zuverlässig zu vermeiden sind. Ein Auslaufen von wasserschädlichen Flüssigkeiten (auch in geringen Mengen) ist dem Auftraggeber bzw. der örtlichen Bauleitung unverzüglich zu melden.

3.17 Baubetriebliche Emissionen

Es sind die gesetzlichen Bestimmungen gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und AVV Baulärm zu beachten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, baubetrieblich bedingte Belästigungen und Beeinträchtigungen (insbesondere durch Lärm, Staub und Schmutz) der Anwohner und Nutzer der anliegenden Straßen und Grundstücke auf ein technisch mögliches Minimum zu reduzieren. Dies wird insbesondere durch den Einsatz lärmarmer Baumaschinen und einen verträglichen Einsatz relevanter Maschinen (Zeitplanung des Einsatzes) berücksichtigt. Alle gesetzlich vorgeschriebenen Schutzvorkehrungen gegen Lärm sind vom Auftragnehmer vorzusehen und in den Leistungspositionen einzurechnen. Gemäß AVV Baulärm gilt für Gebiete in denen ausschließlich Wohnungen untergebracht sind der Immissionsrichtwert von 50 dB (A) am Tag. Dieser Richtwert ist einzuhalten. Als Tageszeit gilt die Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr. Nur in dieser Zeit sind lärmintensive Bauarbeiten überhaupt möglich. Wird dieser Schallimmissionspegel um mehr als 5 dB überschritten, so sind vom Auftragnehmer Lärminderungsmaßnahmen zu veranlassen. Erste Abstimmungen haben mit Auftragsbeginn zu erfolgen. Sind Arbeiten geplant, bei denen ein voraussichtlicher Beurteilungspegel von 80 dB(A) überschritten wird, muss dies rechtzeitig dem AG gemeldet werden.

Im Interesse des Bauherrn und der nachbarschaftlichen Situation ist eine Abstimmung durchzuführen. Im Rahmen der Bauüberwachung werden Überprüfungen des Baulärms erfolgen.

3.18 Werkzeuge und Maschinen

Die ausgeschriebenen Ausstattung wird vollständig im Erdgeschoss eingebaut. Die Nutzung des internen Aufzugs ist nicht möglich. Die Einbringung der Ausstattung ist eigenständig zu realisieren. Es ist kein Gerüst zur Mitbenutzung vorhanden. Sollte die Einbringung von außen direkt ins EG mittels mobiler Hebebühne geplant sein, ist dies im Vorfeld bei der Bauleitung anzumelden und die Anlieferungszeiten und -bereiche im Vorfeld freigeben zu lassen.

Die Einbringung der Ausstattung ist eigenständig zu realisieren. Benötigte Maschinen zur Einbringung von außen durch Fenster oder Türen sind in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht separat vergütet.

Geschoss- bzw. Raumhöhen:
Erdgeschoss

- 4,50m Geschosshöhe
- 4,01m von OKFFB bis UK Rohdecke
- 3,50m lichte Höhe OKFFB bis Unterkante Akustikdecke

Genaue Höhenangaben siehe Grundrissplan bzw. Gebäudeschnitt.

Vorgaben und Schnittstellen Werkzeuge und Maschinen

Vorgaben und Schnittstellen Werkzeuge und Maschinen

1. Vorgaben Werkzeuge und Maschinen

Die Bauleistung hat vollumfänglich den Vorgaben der VOL/A und VOL/B in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung zu entsprechen.

Die Basisvoraussetzungen des angebotenen Ausstattungsprogramms sind wie folgt vorgegeben:

Sämtliche Werkzeuge, Maschinen und Gerätschaften müssen den aktuellen gängigen Richtlinien des Landes entsprechen, indem die Ausstattung installiert wird und diesbezüglich gekennzeichnet sein. Auf Nachfrage sind die diesbezüglichen Konformitätserklärungen, Eignungsnachweise, Prüfzeugnisse und Schulungsnachweise kostenfrei vorzulegen. Es handelt sich um Einrichtungen zur öffentlichen Nutzung. Eine behördliche Prüfung der Auflagen ist jederzeit möglich. Die Werkzeuge, Maschinen und die Gerätschaften müssen für den dauerhaften Einsatz im Schulbetrieb geeignet sein und die notwendige Robustheit, Nutzungsstabilität und Sicherheitsarchitektur aufweisen.

Die Werkzeuge, Maschinen und die Gerätschaften müssen für den dauerhaften Einsatz in Gebäuden öffentlicher Nutzung geeignet sein. Herstellerunterlagen müssen in deutscher Sprache vorgelegt werden. Die Ersatzteilbeschaffung muss innerhalb Deutschlands gewährleistet sein.

Einzellösungen, die nicht funktionstüchtig sind, können nicht akzeptiert werden. Eventuell erforderliche Sonderlösungen sind unter Verwendung von Systemteilen zu generieren.

Diese Sonderlösungen sind bereits im Angebotszustand als ergänzende Information zu dem offiziellen technischen Katalog des einzelnen Anbieters, in Form von aussagekräftigen technischen Skizzen / Zeichnungen, dem Angebot beizulegen.

Die Werkzeuge, Maschinen und Gerätschaften sind, unter Berücksichtigung der Einbringöffnungen, so weit wie möglich vormontiert an die Baustelle zu liefern.

Die Werkzeuge, Maschinen und Gerätschaften müssen bis zum Verwendungsort (EG) geliefert, ausgepackt, an den endgültigen Standort platziert, betriebsbereit eingerichtet und angeschlossen werden (Steckverbindung). Die Verpackungsmaterialien sind eigenständig zu entsorgen. Die Kosten sind in die Einheitspreise mit einzurechnen und werden nicht separat vergütet.

2. Vorgaben Schnittstellen allgemein

Der Gesamtleistungsumfang des Gewerks Werkzeuge und Maschinen setzt sich zusammen aus den Bauteilen und den Gerätschaften gemäß nachfolgender Massenzusammenstellung, der fachgerechten Installation, sowie dem funktionsfähigen Anschluss an die jeweiligen bauseitigen Schnittstellen. Die Schnittstellen liegen innerhalb des jeweiligen Fachraumes. Die Übergabestelle für Elektro befindet sich in einem benachbarten Brüstungskanal. Die Werkzeuge und Maschinen sind, soweit erforderlich, mit einer elektrischen Steckverbindung ausgeschrieben und müssen in die bauseitig vorgesehenen Steckdosen eingesteckt werden. Alle Leitungen unterhalb bzw. oberhalb bis zu diesen Übergabestellen hin, sind fachgerecht an Wänden zu befestigen und zu verkleiden. Alle freiliegenden Kabel sind in die Kosten des Gewerks einzurechnen und dürfen nicht separat aufgemessen werden.

| | | |
|--------------|---------------------------------|------------------|
| 01 | Werkzeuge und Maschinen | EUR |
| 01.01 | D017 - Werknebenraum SSG | EUR |

| | | | | | | |
|-------------------|--|----------|-------|---------|-------------------|-------------------|
| 01.01.0010 | AP 01 - Mobiler Sicherheitssauger | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
|-------------------|--|----------|-------|---------|-------------------|-------------------|

| | | | | |
|------------|-------------|-----------|----------------------|-------|
| 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |
|------------|-------------|-----------|----------------------|-------|

AP 01 - Mobiler Sicherheitssauger

bestehend aus:

Mobiler Sicherheitssauger

Spannungsversorgung: 230V / 50Hz

Nennleistung: ca. 1,1kW

Vakuum: ca. 250mbar

Bauweise: mobil auf Fahrgestell

mit feststellbaren Lenkrollen

Filterklasse: Staubklasse M

Filterelement: Patronen- oder Flachfilter

Fassungsvermögen Behälter: 40L - 65L

Schlauchlänge: mind. 4m

Kabellänge: mind. 7m

Abreinigungssystem: automatisch

Anschluss von Elektrowerkzeugen: ja

Anschluss von Druckwerkzeugen: ja

Füllstandsüberwachung mit Überlaufschutz: ja

IP-Schutzklasse: IPX4

Schalldruckpegel: max. 75 dB(A)

Mobiler Industriesauger als Nass- und Trockensauger für den industriellen Einsatz zur Absaugung von Stäuben und Spänen an Maschinenarbeitsplätzen. Das Gerät muss für den kontinuierlichen Betrieb unter Werkstattbedingungen geeignet sein und die Anforderungen der Staubklasse M gemäß DIN EN 60335-2-69 erfüllen. Eine durchgängig hohe Saugleistung während der Arbeit muss sichergestellt sein.

Inkl. allem notwendigem Zubehör, wie Schläuchen, Saugdüsen, Saugrohre, Bürsten und Ersatzfilter, für den Trocken- und Nassbetrieb sowie für den Anschluss von Elektro- und Druckwerkzeugen.

Anzahl: 1 Stück

| 01.01.0020 | AP 02 - Hebelschneider | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
|------------|------------------------|----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |

AP 02 - Hebelschneider

bestehend aus:

Hebelschneider

Schnittlänge: 1100mm (bis A1 / A0 quer)

Schnitthöhe: mind. 4mm

Pressung: Fußpressung

Papiermesser für: Papier, Karton, Pappen

Werkstoffmesser für: dünne Bleche, Folien,

Balsaholz, Linoleum o.ä.

Messerschutz: ja, feststehend, transparent

Messerschlussvorrichtung: ja

Maßskalen: mm, Zoll optional

Bauweise: mit Stahluntergestell, pulverbeschichtet,
rutschfeste Gummifüße

Gestellraster: max. 1400mm

Gestelltiefe (inkl. ausgeklappten Tischteilen): ca. 1000mm

Gestellhöhe: ca. 1000mm

Rückanschlag und Vorderanschlag mit Schmalschnitteinrichtung für den Schneidebereich zwischen 1mm und 10mm. Seitenanschlag mit Maßskala. Anschläge müssen stufenlos verstellbar und fixierbar sein. Maßeinstellung muss exakt möglich sein. Die Papierformate nach DIN und Winkel sollen auf dem Schneidetisch zur Orientierung aufgedruckt sein.

Messer aus hochwertigem Stahl, geschliffen und gehärtet. Messer müssen nachschleifbar sein.

Anzahl: 1 Stück

| | | | | | | |
|-------------------|--|------------|-------------|-----------|----------------------|-------------------|
| 01.01.0030 | AP 03 - Metallbearbeitungszentrum Schneiden, Biegen, Richten, | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |

AP 03 - Metallbearbeitungszentrum Schneiden, Biegen, Richten,
feststehend und fahrbar

bestehend aus:

Metallbearbeitungszentrum Schneiden, Biegen, Richten

Material Arbeitsplatte: Buche, massiv

Plattenstärke. mind. 40mm

Wulstrand: Nein

Untergestell: H-Tisch

untere Ablageebene zur Gerätelagerung: 1 Stck

Ausfahrbare Lenkrollen: 4 Stck

Tischraster: max. 1000mm

Tischtiefe: ca. 700mm

Tischhöhe: ca. 850mm

Massivholz-Arbeitsplatte parkettartig verleimt und geölt.

Untergestell passend für 850mm Tischhöhe als pulverbeschichtete
Vierkantstahlrohrkonstruktion mit Querstreben im hinteren und/oder
seitlichen Bereich für maximale Stabilität und 4
Hartkunststoff-Fußplatten. Bei Bedarf können über einen
Bedienhebel 4 Lenkrollen ausgefahren werden.

Ausstattung Metallbearbeitungszentrum:

- Präzisions-Tafelbleischere
- Präzisions-Prismenbiegemaschine
- Richtplatte Maße ca. 250mm x 250mm x 40mm
- Rollenbleischere auf Spannunterlage
- Parallelschraubstock 115mm auf Spannunterlage
- Knabber
- Bleischere
- Kanten-Entgrater
- Anreißfluid
- Sechskant-Stiftschlüssel mit Quergriff M4 und M6

Anzahl: 1 Stück

| 01.01.0040 | AP 04 - Holzbandsäge | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
|------------|----------------------|----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |

AP 04 - Holzbandsäge

bestehend aus:

Holzbandsäge

Spannungsversorgung: 400V / 50 Hz
 Abgabeleistung: ca. 2,5 kW
 Schnitthöhe 90°: max. 300mm
 Schnittbreite ohne Anschlag: ca. 500mm
 Schnittbreite mit Anschlag: ca. 450mm
 Schnitthöhenverstellung: schnell, mit Milimeterskala
 Lasereinrichtung zur
 Schnittstellenmarkierung: Ja
 Sägebandgeschwindigkeiten: mind. 2, einstellbar
 Sägebandlänge: ca. 3800mm
 Sägebandführung: Präzisionsführung oben und unten,
 mit Kugellagern, werkzeuglos einstellbar
 Sägebandschnellspannung: Ja
 Anzeige Sägebandspannung: Ja
 Arbeitstisch: Grauguss, geschliffen und poliert
 Arbeitstischneigung: -10° bis +45°
 Parallelanschlag: mit Schnellspannsystem, Aluprofil,
 abklappbar, Milimeterskala
 Winkelanschlag: beidseitig, +-60° verstellbar
 Absaugstutzen: 120mm
 Unterbau: Stahlblech, öffnenbar
 Türkontaktschalter: Ja
 (automatische Abschaltung beim Öffnen der Tür)
 Not-Aus: Ja
 Breite: ca. 1000mm
 Tiefe: ca. 800mm
 Gesamthöhe: ca. 2000mm

Leistungsstarke Holzbandsäge für den stationären Einsatz im
 Schulbetrieb. Geeignet für präzise Längs- und Kurvenschnitte in
 Massivholz, Holzwerkstoffen sowie geeigneten Kunststoffen.

Inkl. passendem Zubehör:

- 1x Kreisschneideeinrichtung
- 1x Verlängerungskabel 5m mit Phasenwender-CEE und Kupplung 400V / 16A
- 1x Bandsägeblatt 10mm breit, für Kurvenschnitte geeignet, aus hochwertigem Schwedenstahl, mehrfach nachschärfbar, Zahnspitzen gehärtet
- 1x Bandsägeblatt 16mm breit, für Universalschnitte geeignet, aus hochwertigem Schwedenstahl, mehrfach nachschärfbar, Zahnspitzen gehärtet
- 1x Bandsägeblatt 20mm breit, für gerade Schnitte geeignet, aus hochwertigem Schwedenstahl, mehrfach nachschärfbar, Zahnspitzen gehärtet
- 1x Bandsägeblatt 25mm breit, für gerade Schnitte geeignet, aus hochwertigem Schwedenstahl, mehrfach nachschärfbar, Zahnspitzen gehärtet
- 1x Bandsägeblatt 15mm breit, für NE-Metalle und Kunststoff geeignet, aus hochwertigem Schwedenstahl, mehrfach nachschärfbar, Zahnspitzen gehärtet
- 1x Schutzausrüstung, wie z.B. Kopfhörer
- 1x Warnschilder und Sicherheitshinweise

Anzahl: 1 Stück

| 01.01.0050 | AP 05 - Mobiler Reinluftentstauber | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
|------------|---|----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |
| | AP 05 - Mobiler Reinluftentstauber bestehend aus: Mobiler Reinluftentstauber Spannungsversorgung: 400V / 50Hz Nennleistung: ca. 1,5kW Volumenstrom max.: ca. 800m³/h Ansaugstutzen: 100mm Bauweise: selbsttragende Blechbauweise mobil, mit feststellbaren Lenkrollen Filterklasse: Staubklasse M, el. leitend, grün Reststaubgehalt der Luft: H3 / < 0,1mg/m³ Filterelement: Filterplatten Fassungsvermögen Behälter: 130L - 140L Füllstandskontrolle: Ja | | | | | |

Schlauchlänge NW100: mind. 2m
 Kabellänge: mind. 5m mit CEE-Stecker
 Abreinigungssystem: manuell oder automatisch
 Schalldruckpegel: max. 75 dB(A)

Mobiler Reinluftentstauber nach DIN EN 16770 als dezentrale Einzelabsaugung oder als Ergänzung einer stationären Anlage, wie z.B. Holzbandsäge. Geeignet für den universellen Einsatz bei unterschiedlichsten Materialien, wie zum Beispiel Holz, Holzverbundstoff, Papier, Kunststoff und Metall.

Inkl. passendem Zubehör:

- 10x Spänesack
- 1x Maschinenanschluss NW 100mm
- 1x Y-Stück NW 100mm
- 1x Reduziermuffe NW 120/100mm
- 1x Bodenreinigungsset mit Düse, Schlauch, Verlängerungsrohr und Handgriff

GS-geprüft durch akkreditiertes Prüfinstitut nach GS-HO-07

Anzahl: 1 Stück

| 01.01.0060 | AP 07 - Tischkreissäge | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
|------------|---|----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |
| | AP 07 - Tischkreissäge | | | | | |
| | bestehend aus: | | | | | |
| | Tischkreissäge | | | | | |
| | Spannungsversorgung: 400V / 50Hz | | | | | |
| | Motorleistung: ca. 2,5kW | | | | | |
| | Drehzahl: ca. 4000min-1 | | | | | |
| | Schnitthöhe 90°: ca. 80mm | | | | | |
| | Schnittlänge: ca. 600mm | | | | | |
| | Schnittbreite am Anschlag: ca. 600mm | | | | | |
| | Sägeblattgröße Durchmesser: ca. 250mm | | | | | |
| | Sägeblattschwenkung: 0° bis 45° | | | | | |
| | Sägeblattschutzhaube mit Absaugschlauch: Ja | | | | | |
| | Arbeitstisch: Grauguss, geschliffen und poliert | | | | | |
| | Tischbreite: ca. 500mm | | | | | |

Tischlänge: ca. 1000mm
 Format-Schiebetisch: Ja
 Tischverbreiterung: Ja
 Tischverlängerung: Ja
 Auslegertisch: Ja
 Parallelanschlag: mit Schnellspannsystem und
 Feineinstellung
 Gehrungsanschlag: $\pm 45^\circ$, ca. 2000mm, ausziehbar
 Not-Aus: Ja
 Gesamtbreite: ca. 2000mm
 Gesamttiefe: ca. 1500mm
 Gesamthöhe: ca. 1000mm

Leistungsstarke Tischkreissäge für den stationären Einsatz im Schulbetrieb. Geeignet für präzise Schnitte in Massivholz und Holzwerkstoffen.

Inkl. passendem Zubehör:

- 1x Präzisionsgehrungsanschlag, schwenkbar $-45^\circ/90^\circ/+45^\circ$
- 1x Verlängerungskabel 5m mit Phasenwender-CEE und Kupplung 400V / 16A
- 1x Kreissägeblatt ca. 250mm Durchmesser, Wechselzahn, 40 Zähne, aus hochwertigem Stahl, mehrfach nachschärfbar, Zahnspitzen gehärtet
- 1x Kreissägeblatt ca. 250mm Durchmesser, Wechselzahn, 60 Zähne, aus hochwertigem Stahl, mehrfach nachschärfbar, Zahnspitzen gehärtet
- 1x Kreissägeblatt ca. 250mm Durchmesser, Wechselzahn, 80 Zähne, aus hochwertigem Stahl, mehrfach nachschärfbar, Zahnspitzen gehärtet
- 1x Schutzausrüstung, wie z.B. Kopfhörer
- 1x Warnschilder und Sicherheitshinweise

Anzahl: 1 Stück

| 01.02 B010 - Werkraum PHR | | EUR | | | | |
|---------------------------|---------------------------|-----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| 01.02.0010 | AP 12 - Tischbohrmaschine | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |
| | AP 12 - Tischbohrmaschine | | | | | |
| | bestehend aus: | | | | | |

Tischbohrmaschine

Netzanschluss: 230V / 50Hz

Antriebsleistung: ca. 0,54kW, frequenzgeregelt

Spindeldrehzahlen: ca. 40-4000 1/min, stufenlos

Bohrleistung (E335/ST60): Dauerbetrieb 13mm,

Normalbetrieb 15mm

Gewindeschneidleistung: bis max. M10

Bohrtiefe: ca. 60mm

Ausladung: ca. 200mm

Bohrtiefenanschlag: formschlüssiger Anschlagring

Bohrkopfhöhenverstellung: ja

Vorschub: manuell/automatisch, umschaltbar

Arbeitstisch BxT: min. 200x200mm

Tischhöhenverstellung: ja

Beleuchtung: integrierte LED-Ausleuchtung

Touch-Display: ja

Schutzvorrichtung: Schutzabdeckung über Bohrfutter

Not-Aus / Sicherheitsabschaltung: ja

Betriebsarten: Bohren, Reiben, Senken, Fließformen,

Gewindeschneiden (M1,5 bis M30),

freie Programmierung

Breite: ca. 500mm

Tiefe: ca. 400mm

Gesamthöhe: ca. 850mm

Leistungsstarke Tischbohrmaschine für den stationären Einsatz im Schulbetrieb. Geeignet für exakte Bohrungen in Metall, Holz und Kunststoff.

Inkl. passendem Zubehör:

- 1x Spann- und Anschlagvorrichtung zur sicheren Befestigung verschiedener Materialien beim Bohren an einer Ständerbohrmaschine.
- 1x Bohrunterlage für Spann- und Anschlagvorrichtung als Buche Multiplexplatte BxT=ca.150x200mm, Stärke=8mm
- 1x Bohrunterlage für Spann- und Anschlagvorrichtung als Buche Multiplexplatte BxT=ca.150x200mm, Stärke=20mm
- 1x Spiralbohrersatz passend zur Ständerbohrmaschine, 25-tlg, 1-13mm, 0,5mm Steigung, in Aufbewahrungsbox
- 1x Holz-Spiralbohrersatz passend zur Ständerbohrmaschine, 8-tlg, 1-10mm, in Aufbewahrungsbox
- 1x Forstnerbohrersatz passend zur Ständerbohrmaschine, 5-tlg, 15-35mm, in Aufbewahrungsbox
- 1x notwendige Schutzausrüstung
- 1x Warnschilder und Sicherheitshinweise

Anzahl: 1 Stück

| | | | | | | |
|-------------------|----------------------------------|------------|-------------|-----------|----------------------|-------------------|
| 01.02.0020 | AP 13 - Tischbohrmaschine | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |

AP 13 - Tischbohrmaschine

bestehend aus:

Tischbohrmaschine

Netzanschluss: 230V / 50Hz

Antriebsleistung: ca. 0,54kW, frequenzgeregelt

Spindeldrehzahlen: ca. 40-4000 1/min, stufenlos

Bohrleistung (E335/ST60): Dauerbetrieb 13mm,

Normalbetrieb 15mm

Gewindeschneidleistung: bis max. M10

Bohrtiefe: ca. 60mm

Ausladung: ca. 200mm

Bohrtiefenanschlag: formschlüssiger Anschlagring

Bohrkopfhöhenverstellung: ja

Vorschub: manuell/automatisch, umschaltbar

Arbeitstisch BxT: min. 200x200mm

Tischhöhenverstellung: ja

Beleuchtung: integrierte LED-Ausleuchtung

Touch-Display: ja

Schutzvorrichtung: Schutzabdeckung über Bohrfutter

Not-Aus / Sicherheitsabschaltung: ja

Betriebsarten: Bohren, Reiben, Senken, Fließformen,

Gewindeschneiden (M1,5 bis M30),

freie Programmierung

Breite: ca. 500mm

Tiefe: ca. 400mm

Gesamthöhe: ca. 850mm

Leistungsstarke Tischbohrmaschine für den stationären Einsatz im Schulbetrieb. Geeignet für exakte Bohrungen in Metall, Holz und Kunststoff.

Inkl. passendem Zubehör:

- 1x Spann- und Anschlagvorrichtung zur sicheren Befestigung verschiedener Materialien beim Bohren an einer

Ständerbohrmaschine.

- 1x Bohrunterlage für Spann- und Anschlagvorrichtung als Buche

Multiplexplatte BxT=ca.150x200mm, Stärke=8mm

- 1x Bohrunterlage für Spann- und Anschlagvorrichtung als Buche

Multiplexplatte BxT=ca.150x200mm, Stärke=20mm

- 1x Spiralbohrersatz passend zur Ständerbohrmaschine, 25-tlg,

- 1-13mm, 0,5mm Steigung, in Aufbewahrungsbox
- 1x Holz-Spiralbohrersatz passend zur Ständerbohrmaschine, 8-tlg, 1-10mm, in Aufbewahrungsbox
- 1x Forstnerbohrersatz passend zur Ständerbohrmaschine, 5-tlg, 15-35mm, in Aufbewahrungsbox
- 1x notwendige Schutzausrüstung
- 1x Warnschilder und Sicherheitshinweise

Anzahl: 1 Stück

| 01.02.0030 | AP 16 - Tischbohrmaschine | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
|------------|---------------------------|----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |

AP 16 - Tischbohrmaschine

bestehend aus:

Tischbohrmaschine

Netzanschluss: 230V / 50Hz
 Antriebsleistung: ca. 0,54kW, frequenzgeregelt
 Spindeldrehzahlen: ca. 40-4000 1/min, stufenlos
 Bohrleistung (E335/ST60): Dauerbetrieb 13mm,
 Normalbetrieb 15mm
 Gewindeschneidleistung: bis max. M10
 Bohrtiefe: ca. 60mm
 Ausladung: ca. 200mm
 Bohrtiefenanschlag: formschlüssiger Anschlagring
 Bohrkopfhöhenverstellung: ja
 Vorschub: manuell/automatisch, umschaltbar
 Arbeitstisch BxT: min. 200x200mm
 Tischhöhenverstellung: ja
 Beleuchtung: integrierte LED-Ausleuchtung
 Touch-Display: ja
 Schutzvorrichtung: Schutzabdeckung über Bohrfutter
 Not-Aus / Sicherheitsabschaltung: ja
 Betriebsarten: Bohren, Reiben, Senken, Fließformen,
 Gewindeschneiden (M1,5 bis M30),
 freie Programmierung
 Breite: ca. 500mm
 Tiefe: ca. 400mm
 Gesamthöhe: ca. 850mm

Leistungsstarke Tischbohrmaschine für den stationären Einsatz im Schulbetrieb. Geeignet für exakte Bohrungen in Metall, Holz und Kunststoff.

Inkl. passendem Zubehör:

- 1x Spann- und Anschlagvorrichtung zur sicheren Befestigung verschiedener Materialien beim Bohren an einer Ständerbohrmaschine.
- 1x Bohrunterlage für Spann- und Anschlagvorrichtung als Buche Multiplexplatte BxT=ca.150x200mm, Stärke=8mm
- 1x Bohrunterlage für Spann- und Anschlagvorrichtung als Buche Multiplexplatte BxT=ca.150x200mm, Stärke=20mm
- 1x Spiralbohrersatz passend zur Ständerbohrmaschine, 25-tlg, 1-13mm, 0,5mm Steigung, in Aufbewahrungsbox
- 1x Holz-Spiralbohrersatz passend zur Ständerbohrmaschine, 8-tlg, 1-10mm, in Aufbewahrungsbox
- 1x Forstnerbohrersatz passend zur Ständerbohrmaschine, 5-tlg, 15-35mm, in Aufbewahrungsbox
- 1x notwendige Schutzausrüstung
- 1x Warnschilder und Sicherheitshinweise

Anzahl: 1 Stück

| 01.03 B009 - Lager-Maschinenraum PHR | | EUR | | | | |
|--------------------------------------|--|-----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| 01.03.0010 | AP 02 - Mobiler Reinluftentstauber | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |
| | AP 02 - Mobiler Reinluftentstauber | | | | | |
| | bestehend aus: | | | | | |
| | Mobiler Reinluftentstauber | | | | | |
| | Spannungsversorgung: 400V / 50Hz | | | | | |
| | Nennleistung: ca. 1,5kW | | | | | |
| | Volumenstrom max.: ca. 800m³/h | | | | | |
| | Ansaugstutzen: 100mm | | | | | |
| | Bauweise: selbsttragende Blechbauweise | | | | | |
| | mobil, mit feststellbaren Lenkrollen | | | | | |
| | Filterklasse: Staubklasse M, el. leitend, grün | | | | | |
| | Reststaubgehalt der Luft: H3 / < 0,1mg/m³ | | | | | |
| | Filterelement: Filterplatten | | | | | |

Fassungsvermögen Behälter: 130L - 140L
 Füllstandskontrolle: ja
 Schlauchlänge NW100: mind. 2m
 Kabellänge: mind. 5m mit CEE-Stecker
 Abreinigungssystem: manuell oder automatisch
 Schalldruckpegel: max. 75 dB(A)

Mobiler Reinluftentstauber nach DIN EN 16770 als dezentrale Einzelabsaugung oder als Ergänzung einer stationären Anlage, wie z.B. Holzbandsäge. Geeignet für den universellen Einsatz bei unterschiedlichsten Materialien, wie zum Beispiel Holz, Holzverbundstoff, Papier, Kunststoff und Metall.

Inkl. passendem Zubehör:
 - 10x Spänesack
 - 1x Maschinenanschluss NW 100mm
 - 1x Y-Stück NW 100mm
 - 1x Reduziermuffe NW 120/100mm
 - 1x Bodenreinigungsset mit Düse, Schlauch, Verlängerungsrohr und Handgriff

GS-geprüft durch akkreditiertes Prüfinstitut nach GS-HO-07

Anzahl: 1 Stück

| 01.03.0020 | AP 03 - Mobiler Sicherheitssauger | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
|------------|---|----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |
| | AP 03 - Mobiler Sicherheitssauger bestehend aus: Mobiler Sicherheitssauger Spannungsversorgung: 230V / 50Hz Nennleistung: ca. 1,1kW Vakuum: ca. 250mbar Bauweise: mobil auf Fahrgestell mit feststellbaren Lenkrollen Filterklasse: Staubklasse M Filterelement: Patronen- oder Flachfilter Fassungsvermögen Behälter: 40L - 65L Schlauchlänge: mind. 4m | | | | | |

Kabellänge: mind. 7m
 Abreinigungssystem: automatisch
 Anschluss von Elektrowerkzeugen: ja
 Anschluss von Druckwerkzeugen: ja
 Füllstandsüberwachung mit Überlaufschutz: ja
 IP-Schutzklasse: IPX4
 Schalldruckpegel: max. 75 dB(A)

Mobiler Industriesauger als Nass- und Trockensauger für den industriellen Einsatz zur Absaugung von Stäuben und Spänen an Maschinenarbeitsplätzen. Das Gerät muss für den kontinuierlichen Betrieb unter Werkstattbedingungen geeignet sein und die Anforderungen der Staubklasse M gemäß DIN EN 60335-2-69 erfüllen. Eine durchgängig hohe Saugleistung während der Arbeit muss sichergestellt sein.

Inkl. allem notwendigem Zubehör, wie Schläuchen, Saugdüsen, Saugrohre, Bürsten und Ersatzfilter, für den Trocken- und Nassbetrieb sowie für den Anschluss von Elektro- und Druckwerkzeugen.

Anzahl: 1 Stück

| 01.03.0030 | AP 04 - Stockpresse | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
|------------|---|----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |
| | AP 04 - Stockpresse | | | | | |
| | bestehend aus: | | | | | |
| | Stockpresse mit Untergestell | | | | | |
| | Material Stockpresse: Gußkonstruktion | | | | | |
| | Säulen und Spindel: Festigkeitsstahl | | | | | |
| | Antrieb: manuell, Handrad | | | | | |
| | max. Pressdruck: ca. 500kp | | | | | |
| | Pressfläche: 400x500mm | | | | | |
| | max. Einsatzhöhe: 500mm | | | | | |
| | Breite: ca. 600mm | | | | | |
| | Tiefe: ca. 400mm | | | | | |
| | Höhe (ohne Spindel): ca. 850mm | | | | | |
| | Material Untergestell: Stahl, pulverbeschichtet | | | | | |

Gestellraster: max. 800mm
 Gestelltiefe: ca. 500mm
 Gestellhöhe: ca. 650mm

Stockpresse in stabiler Ausführung, geeignet für den Einsatz im Schulbetrieb. Die Pressflächen sind plangeschliffen auszuführen.

Inkl. passendem Zubehör:
 - 1 Set Zwischenlagebretter, 15mm Multiplexplatte

Anzahl: 1 Stück

| | | | | | | |
|-------------------|--------------------------------|------------|-------------|-----------|----------------------|-------------------|
| 01.03.0040 | AP 05 - Tiefdruckpresse | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |

AP 05 - Tiefdruckpresse

bestehend aus:

Tiefdruckpresse mit Untergestell

Material: Gusskonstruktion
 Druckwalzen: 2 Stück
 Durchmesser Druckwalzen: ca. 120mm
 Länge Druckwalzen: ca. 500mm
 Druckwalzenlauf: Gleitlager
 Antrieb: manuell, Speichenrad
 max. Anpressdruck: ca. 3.500kg
 Holzdrucktisch: Multiplexplatte mit verzinkter
 mind. 1mm dicker Stahlplatte,
 auf Führungsschienen
 Breite: ca. 900mm
 Tiefe: ca. 500mm

Tiefdruckpresse in stabiler Ausführung, geeignet für den Einsatz im Schulbetrieb. Die Bedienung sollte auch bei hohem Druck leichtgängig sein.

Inkl. passendem Zubehör:
 - 1x Druckfilz aus 100% Schafwolle

Anzahl: 1 Stück

Werkbank für Tiefdruckpresse

Material Arbeitsplatte: Buche, massiv
Plattenstärke: 45mm
Wulstrand: Nein
Untergestell: H-Tisch
untere Ablageebene zur Gerätelagerung: 1 Stck
Tischraster: 1000mm
Tischtiefe: 800mm
Tischhöhe: werkseitig auf 850mm

Massivholz-Arbeitsplatte parkettartig verleimt und geölt.

Manuell stufenlos höhenverstellbares Untergestell von 700mm bis 950mm als pulverbeschichtete Vierkantstahlrohrkonstruktion mit Querstreben im hinteren und/oder seitlichen Bereich für maximale Stabilität und 4 Hartkunststoff-Fußplatten.

GS-geprüft durch akkreditiertes Prüfinstitut

Anzahl: 1 Stück

| 01.03.0050 | AP 06 - Hebelschneider | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
|------------|---|----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |
| | AP 06 - Hebelschneider | | | | | |
| | bestehend aus: | | | | | |
| | Hebelschneider | | | | | |
| | Schnittlänge: 1100mm (bis A1 / A0 quer) | | | | | |
| | Schnitthöhe: mind. 4mm | | | | | |
| | Pressung: Fußpressung | | | | | |
| | Papiermesser für: Papier, Karton, Pappen | | | | | |
| | Werkstoffmesser für: dünne Bleche, Folien, | | | | | |
| | Balsaholz, Linoleum o.ä. | | | | | |
| | Messerschutz: ja, feststehend, transparent | | | | | |
| | Messerschlussvorrichtung: ja | | | | | |
| | Maßskalen: mm, Zoll optional | | | | | |
| | Bauweise: mit Stahluntergestell, pulverbeschichtet, | | | | | |
| | rutschfeste Gummifüße | | | | | |

Gestellraster: max. 1400mm
 Gestelltiefe (inkl. ausgeklappten Tischteilen): ca. 1000mm
 Gestellhöhe: ca. 1000mm

Rückanschlag und Vorderanschlag mit Schmalschnitteinrichtung für den Schneidebereich zwischen 1mm und 10mm. Seitenanschlag mit Maßskala. Anschläge müssen stufenlos verstellbar und fixierbar sein. Maßeinstellung muss exakt möglich sein. Die Papierformate nach DIN und Winkel sollen auf dem Schneidetisch zur Orientierung aufgedruckt sein.

Messer aus hochwertigem Stahl, geschliffen und gehärtet. Messer müssen nachschleifbar sein.

Anzahl: 1 Stück

| | | | | | | |
|------------|--|----------|-------|---------|----------------------|-------------------|
| 01.03.0060 | AP 17 - Metallbearbeitungszentrum Schneiden, Biegen, Richten, | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |

AP 17 - Metallbearbeitungszentrum Schneiden, Biegen, Richten,
 feststehend und fahrbar

bestehend aus:

Metallbearbeitungszentrum Schneiden, Biegen, Richten

Material Arbeitsplatte: Buche, massiv
 Plattenstärke. mind. 40mm
 Wulstrand: Nein
 Untergestell: H-Tisch
 untere Ablageebene zur Gerätelagerung: 1 Stck
 Ausfahrbare Lenkrollen: 4 Stck
 Tischraster: max. 1000mm
 Tischtiefe: ca. 700mm
 Tischhöhe: ca. 850mm

Massivholz-Arbeitsplatte parkettartig verleimt und geölt.

Untergestell passend für 850mm Tischhöhe als pulverbeschichtete
 Vierkantstahlrohrkonstruktion mit Querstreben im hinteren und/oder
 seitlichen Bereich für maximale Stabilität und 4
 Hartkunststoff-Fußplatten. Bei Bedarf können über einen

Bedienhebel 4 Lenkrollen ausgefahren werden.

Ausstattung Metallbearbeitungszentrum:

- Präzisions-Tafelblechschere
- Präzisions-Prismenbiegemaschine
- Richtplatte Maße ca. 250mm x 250mm x 40mm
- Rollenblechschere auf Spannunterlage
- Parallelschraubstock 115mm auf Spannunterlage
- Knabber
- Blechschere
- Kanten-Entgrater
- Anreißfluid
- Sechskant-Stiftschlüssel mit Quergriff M4 und M6

Anzahl: 1 Stück

| | | | | | | |
|-------------------|--|------------|-------------|-----------|----------------------|-------------------|
| 01.03.0070 | AP 20 - Tischkreissäge | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
| | | 19% | 1,00 | St | pro 1,00 St | |
| | AP 20 - Tischkreissäge | | | | | |
| | bestehend aus: | | | | | |
| | Tischkreissäge | | | | | |
| | Spannungsversorgung: 400V / 50Hz | | | | | |
| | Motorleistung: ca. 2,5kW | | | | | |
| | Drehzahl: ca. 4000min-1 | | | | | |
| | Schnitthöhe 90°: ca. 80mm | | | | | |
| | Schnittlänge: ca. 600mm | | | | | |
| | Schnittbreite am Anschlag: ca. 600mm | | | | | |
| | Sägeblattgröße Durchmesser: ca. 250mm | | | | | |
| | Sägeblattschwenkung: 0° bis 45° | | | | | |
| | Sägeblattschutzhaube mit Absaugschlauch: Ja | | | | | |
| | Arbeitstisch: Grauguss, geschliffen und poliert | | | | | |
| | Tischbreite: ca. 500mm | | | | | |
| | Tischlänge: ca. 1000mm | | | | | |
| | Format-Schiebetisch: Ja | | | | | |
| | Tischverbreiterung: Ja | | | | | |
| | Tischverlängerung: Ja | | | | | |
| | Auslegertisch: Ja | | | | | |
| | Parallelanschlag: mit Schnellspannsystem und Feineinstellung | | | | | |

Gehrungsanschlag: +-45°, ca. 2000mm, ausziehbar
 Not-Aus: Ja
 Gesamtbreite: ca. 2000mm
 Gesamttiefe: ca. 1500mm
 Gesamthöhe: ca. 1000mm

Leistungsstarke Tischkreissäge für den stationären Einsatz im
 Schulbetrieb. Geeignet für präzise Schnitte in Massivholz und
 Holzwerkstoffen.

Inkl. passendem Zubehör:

- 1x Präzisionsgehrungsanschlag, schwenkbar -45°/90°/+45°
- 1x Verlängerungskabel 5m mit Phasenwender-CEE und Kupplung
 400V / 16A
- 1x Kreissägeblatt ca. 250mm Durchmesser, Wechselzahn, 40
 Zähne, aus hochwertigem Stahl, mehrfach nachschärfbar,
 Zahnspitzen gehärtet
- 1x Kreissägeblatt ca. 250mm Durchmesser, Wechselzahn, 60
 Zähne, aus hochwertigem Stahl, mehrfach nachschärfbar,
 Zahnspitzen gehärtet
- 1x Kreissägeblatt ca. 250mm Durchmesser, Wechselzahn, 80
 Zähne, aus hochwertigem Stahl, mehrfach nachschärfbar,
 Zahnspitzen gehärtet
- 1x Schutzausrüstung, wie z.B. Kopfhörer
- 1x Warnschilder und Sicherheitshinweise

Anzahl: 1 Stück

| | | | | | | |
|-------------------|---|------------|-------------|-------------|------------------------|-------------------|
| 02 | Übergeordnete Kosten | | | | EUR | |
| 02.01 | Revisionsunterlagen | | | | EUR | |
| 02.01.0010 | Erstellung der Revisionsunterlagen | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
| | | 19% | 1,00 | psch | pro 1,00 psch | |

Erstellung der Revisionsunterlagen

Unmittelbar nach Bauausführung, spätestens jedoch zur
 Bauabnahme, übergibt der AN dem Bauleiter einen Vorprüfsatz
 Bestandsunterlagen in hard-copy zur Prüfung und Freigabe. Nach
 erfolgter Freigabe durch die Bauleitung sind die Unterlagen wie folgt
 vorzulegen:

Die Unterlagen sind in digitaler Form gemäß den Vorgaben der Vorbemerkungen zu erstellen.

Der Aufbau und die Darstellung müssen somit folgende Eigenschaften besitzen:

- Deutsche Sprache
- Technische Angaben und Maßeinheiten nach aktuell gültigem Regelwerk
- Unterlagen nach übersichtlichen Kriterien in Ordner eingefügt

Inklusive sämtlichen hierfür erforderlichen Hilfs- und Verbrauchsmaterialien.

Revisionsunterlagen 1-fach als Hardcopy (gefaltet auf DIN A4)
Revisionsunterlagen 1-fach auf Datenträger (CD)

Des Weiteren gehören mit zum Liefer- und Leistungsumfang dieser Position:

- Funktionsbeschreibungen, Datenblätter und Leistungsdiagramme
- Beschreibungen und Bedienungsanleitungen sämtlicher Anlagen, Geräte und Einbauteile
- Nachweis über der Konformität der verbauten Maschinen gemäß dem aktuell gültigen Regelwerk
- Wartungs- und Bedienungsanleitungen
- 2 malige Einweisung der Nutzer. Die Einweisung ist durch den Revisionsunterlagen beigelegte von den Nutzern unterschriebene Einweisungsprotokolle nachzuweisen.
- Ersatzteillisten mit Bezugsinformationen

| | | | | | | |
|-------------------|--|------------|-------------|-----------|----------------------|-------------------|
| 03 | Regelmäßige gesetzliche Prüfungen und Wartungen der Werkzeuge und Maschinen | | | | EUR | |
| 03.01 | Regelmäßige gesetzliche Prüfungen und Wartungen der Werkzeuge und Maschinen | | | | EUR | |
| 03.01.0010 | Wartungsarbeiten nach Neuerstellung einer Anlage, inkl. Arbeitskarten | USt. [%] | Menge | Einheit | Einzelpreis [EUR] | Gesamtpreis [EUR] |
| | | 19% | 4,00 | Jr | pro 1,00 Jr | |

Wartungsarbeiten nach Neuerstellung einer Anlage, inkl.

Arbeitskarten

Wartung/Instandhaltung

Wartung und Inspektion einschließlich kleiner

Instandsetzungsarbeiten der in diesem Leistungsverzeichnis aufgeführten zu wartenden Anlagen/Bauteile für die Dauer der Gewährleistungszeit als Jahresfestpreis.

Siehe beiliegende Vertragsvorlage „Vertrag für Wartung und Inspektion“, welches zur Angebotsabgabe ausgefüllt werden muss und Teil des Angebots ist.

In diesem Zusammenhang wird gemäß §13 Abs. 4 VOB/B die Verjährungsfrist für Teile von maschinellen und elektrotechnischen/elektronischen Anlagen sowie für bewegliche Teile auf 4 Jahre vereinbart.

Der AN verpflichtet sich, auf Verlangen des AG und vor einer möglichen Auftragsvergabe die Gesamtvergütung in einer Einzelpreisliste gemäß aller kostenrelevanten Positionen pro Jahr aufzugliedern. Diese Liste wird Vertragsbestandteil. Die Nichtabgabe der Liste innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung führt zum Ausschluss von der Auftragsvergabe.

Nach Fertigstellung der Anlage/n bzw. der Bauteile wird die Einzelpreisliste entsprechend der in der Einzelpreisliste angebotenen und aufgegliederten Preise an die tatsächlich eingebauten Anlagenteile und Massen angepasst, ebenso die daraus resultierende Gesamtvergütung.

Angaben zur Wertung der Angebote:

Der Gesamtpreis dieser Position geht voll in die Wertung des Angebots ein.

Der Instandhaltungsvertrag wird im Auftragsfall entsprechend der beiliegenden Vertragsvorlage „Vertrag für Wartung und Inspektion“ separat vom Bauauftrag beauftragt.

Bestandsliste/n

Rechtzeitig vor Abnahme hat der AN eine Bestandsliste/n vorzulegen.

In dieser/n Liste/n sind Art, Standort, Ausdehnung, Baujahr, technische Daten der technischen Anlage/n bzw. Bauteile und Einrichtung/en sowie sonstige vertragsrelevante Angaben (ggf. unter Verwendung von Ergänzungsblättern) so genau und umfassend anzugeben, dass der Leistungsgegenstand und die umfassten Anlagen-/Bauteile eindeutig beurteilt werden können.

Arbeitskarte/n

Rechtzeitig vor Abnahme hat der AN eine aktualisierte Arbeitskarte/n als schriftlichen Wartungs- und Instandhaltungsplan für die Dauer der Gewährleistung vorzulegen. Diese Karte/n muss bzw. müssen die erforderlichen Wartungs- und Inspektionsintervalle sowie die jeweils auszuführenden Wartungs- und Inspektionsarbeiten enthalten.

ANGEBOTSSUMME(N)

| | |
|---------------------------------|-------|
| Summe exkl. Nachlass (netto) | _____ |
| Nachlass (netto) | _____ |
| Summe inkl. Nachlass (netto) | _____ |
| Umsatzsteuer | _____ |
| Summe (brutto) | _____ |

LEISTUNGSVERZEICHNIS

01.06.2026

Ausschreibung (Korrektur)

Verfahren: 2026002095 - Pommernstr. 10 - Neubau Schulzentrum Südwest / 2.BA - B6.2005
Werkraumausstattung Werkzeuge und Maschinen

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

| Name | Dateiname | Größe | MIME-Type |
|------|-----------|-------|-----------|
|------|-----------|-------|-----------|

Verfahren: 2026002095 - Pommernstr. 10 - Neubau Schulzentrum Südwest / 2.BA - B6.2005
Werkraumausstattung Werkzeuge und Maschinen

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Eignungskriterien VgV Stadt Nürnberg

Gewichtung: 0,00%

1.1 Präqualifikation [Mussangabe]

Unsere Vergabestelle erklärt sich bereit, die Vorlage eines Präqualifizierungszertifikats, welches im amtlichen Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (oder alternativ in der älteren auch noch gültigen PQ-VOL-Datenbank) eingetragen ist, zu akzeptieren. Damit sind die Ziffern 1 - X der geforderten Eigenerklärungen und Nachweise automatisch mit abgedeckt und müssen daher bei Vergabeverfahren oder Teilnahmewettbewerben unserer Vergabestelle nicht mehr gesondert nachgewiesen werden.

Informationen und Zertifikat sind erhältlich unter

www.amtliches-verzeichnis.ihk.de

Hinweis: Bei den nachfolgenden Muss-Angaben zur Eignung bitte "PQ" eintragen bzw. das so gekennzeichnete Feld ankreuzen.

Tragen Sie bitte Ihre PQ-Nummer in das Eingabefeld ein. Wenn Sie nicht präqualifiziert sind d.h. keine PQ-Nummer haben, schreiben Sie bitte das Wort "keine" in das Freifeld.

1.2 Abfrage KMU [Mussangabe]

Bitte geben Sie an, welche Unternehmensgröße auf Ihr Unternehmen gem. EU-Empfehlung 2003/361 zutrifft?

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Großunternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Kleinstunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.3 Abfrage KMU [Mussangabe]

Handelt es sich bei Ihrem Unternehmen um ein Kleines oder Mittleres Unternehmen (KMU) gem. EU-Empfehlung 2003/361? Danach zählt ein Unternehmen zu den KMU, wenn es nicht mehr als 249 Beschäftigte hat und einen Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen € erwirtschaftet oder eine Bilanzsumme von maximal 43 Millionen € aufweist.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.4 Berufsgruppe [Mussangabe]

Wählen Sie die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe aus.
Ich/wir gehöre(n) zu

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Handwerk (0)
- ☐ Industrie (0)
- ☐ Handel (0)
- ☐ Versorgungsunternehmen (0)
- ☐ Freie Berufe im Sinne von § 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG (0)
- ☐ Sonstige (0)
- ☐ PQ (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.5 Unterlagen [Mussangabe]

Tragen Sie nachfolgend ein, welche Unterlagen vorgelegt/hochgeladen wurden:

1. Gewerbeanmeldung
 2. Handelsregistrauszug (sofern ich/wir zur Eintragung verpflichtet bin/sind)
 3. Eintragung in das Verzeichnis der zulassungsfreien Handwerksgewerbe
 4. Kopie des Nachweises über die Eintragung in das Berufs- und/oder
 5. Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates der Europäischen Union, in dem das Unternehmen niedergelassen ist
- Falls Sie präqualifiziert sind, tragen Sie bitte PQ ein

1.6 Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Ein Insolvenzverfahren oder Liquidation besteht/ ist beantragt. (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.7 § 123 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre/wir erklären, dass die in § 123 GWB genannten Ausschlussgründe nicht zutreffen (rechtskräftige Verurteilung oder rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße bezüglich der aufgeführten Tatbestände; ggf. Nachweis zur Heilung nach § 125 GWB).

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.8 § 124 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre/wir erklären, dass die in § 124 GWB genannten Ausschlussgründe nicht zutreffen (ggf. Nachweis zur Heilung nach § 125 GWB).

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.9 Referenzen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Bitte laden Sie eine Referenzliste der wesentlichen, in jedem der letzten drei Jahre erbrachten Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, mit Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen und privaten Empfänger der Leistung mit Ansprechpartner und Telefonnummer als Anlage hoch.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.10 Umsätze [Mussangabe]

Bitte tragen Sie den Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 Geschäftsjahren, soweit er Leistungen in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags betrifft.

1.11 Betriebshaftpflichtversicherung [Mussangabe]

Bitte laden Sie den Nachweis (Kopie der Versicherungspolice) über eine bestehende Betriebshaftpflichtversicherung mit den in den Vergabeunterlagen angegebenen Mindestdeckungssummen als Anlage hoch.

Sofern die Versicherungssummen derzeit nicht ausreichend sind, muss dem Angebot eine Erklärung beigelegt werden, dass sie bei Auftragserteilung angepasst werden.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja, Nachweis (Kopie der Versicherungspolice) wurde mit Angebotsabgabe hochgeladen (0)
- ☐ Ja, eine gültige Betriebshaftpflichtversicherung ist zwar abgeschlossen, jedoch sind die Versicherungssummen derzeit nicht ausreichend. Ich/wir erkläre(n), dass die Mindestdeckungssumme(n) bei Auftragserteilung angepasst werden (Die momentan aktuelle Police wurde mit dem Angebot mit hochgeladen). (0)
- ☐ Nein, wird durch gültige Präqualifizierung (PQ) abgedeckt (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.12 Steuern und Abgaben [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre/wir erklären, dass ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind.

Bei Abdeckung durch gültige Präqualifizierung (PQ) bitte ebenfalls mit "Ja" bestätigen

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.13 Vorteilsgewährung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/Wir erklären, dass ich/wir Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten keine Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt habe(n).

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.14 AEntG/MiLoG [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine schwere Verfehlung gemäß § 6a Abs. 2 Nr. 7 VOB/A vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt.

Ich/Wir erkläre(n) insbesondere, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 EUR ohne Umsatzsteuer wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Abfrage aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 Abs.1 WRegG beim Bundeskartellamt durchführen. Bei Abdeckung durch gültige Präqualifizierung (PQ) bitte ebenfalls mit "Ja" bestätigen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.15 Gewerberechtliche Voraussetzungen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre / wir erklären, dass ich / wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).

Bei Abdeckung durch gültige Präqualifizierung (PQ) bitte "Ja" auswählen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.16 Berufsgenossenschaft 1 [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich bin / wir sind Mitglied in der Berufsgenossenschaft

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.17 Berufsgenossenschaft 2 [Mussangabe]

Geben Sie an seit wann und unter welcher Nr. Sie Mitglied der Berufsgenossenschaft sind.

Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, geben den für sie zuständigen entsprechenden Versicherungsträger an.

Wenn nicht zutreffend, schreiben Sie bitte das Wort "entfällt" in das Freifeld.

1.18 Bevorzugte Bewerber [Mussangabe]

Ich bin/Wir sind bevorzugte(r) Bewerber laut beigefügtem/vorliegendem Nachweis (z.B. Werkstatt für Behinderte, anerkannte Blindenwerkstatt, Inklusionsbetriebe gem. Ziffer 3 "Berücksichtigung bevorzugter Bieter" der Verwaltungsvorschrift zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA), Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 14. November 2017, Az. B II 2 – G17/17-1.)

Nachweis bzw. für Inklusionsbetriebe Eigenerklärung bitte im Workflow-Punkt "Eigene Anlagen" des Bieterassistenten mit hochladen.

- ☐] Keine Angabe (0)
☐] Ja (0)
☐] Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.19 Staatszugehörigkeit

Ich bin/Wir sind ein ausländisches Unternehmen aus einem EWR-Staat bzw. Staat des WTO-Abkommens oder einem anderem Staat (Wenn zutreffend bitte angeben).

1.20 Erklärung zum Vergabeverfahren [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

1. Erklärung zum Vergabeverfahren

Der Bewerber/ Bieter nimmt zur Kenntnis, dass die Nichtabgabe der Erklärung nach Nummer 2 oder die Abgabe einer wissentlich falschen Erklärung den Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat.

2. Erklärung für den Fall der Zuschlagserteilung:

2.1 Der Bewerber/Bieter versichert

- dass er gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet, er keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht und Beschäftigte oder sonst zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen lässt;

- dass nach seiner Kenntnis keine der zur Erfüllung des Vertrags eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht.

2.2 Der Bewerber/Bieter verpflichtet sich, solche zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen von der weiteren Durchführung des Vertrags unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.

2.3 Die Abgabe einer wissentlich falschen Erklärung nach Nummer 2.1 sowie ein Verstoß gegen die Verpflichtung nach Nummer 2.2 berechtigt den Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

- ☐] Keine Angabe
☐] Ja
☐] Nein

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 2026002095 - Pommernstr. 10 - Neubau Schulzentrum Südwest / 2.BA - B6.2005
Werkraumausstattung Werkzeuge und Maschinen

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Erklärung zur ausbeuterischen Kinderarbeit

Gewichtung: 0,00%

1.1 Erklärung zur ausbeuterischen Kinderarbeit [Mussangabe]

Gemäß Beschluss des Bau- und Vergabeausschusses vom 20.06.2006 sind bei Beschaffungen der Stadt Nürnberg künftig nur Produkte zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und erbracht wurden bzw. deren Hersteller oder Verkäufer aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung meinen/unseren Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge hat. Ich/wir stimmen zu, dass diese Erklärung an Dritte, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen ausbeuterische Kinderarbeit engagieren, weitergegeben werden darf.

Werden die von Ihnen angebotenen Produkte ganz oder teilweise in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder bearbeitet?

- ☐ ☐ Keine Angabe (0)
☐ ☐ Ja (Es sind die drei nachfolgenden Punkte auszufüllen) (0)
☐ ☐ Nein (keine weiteren Angaben erforderlich) (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2 Produktliste Kinderarbeit

Welche der angebotenen Produkte wurden in Asien, Afrika oder Lateinamerika ganz oder teilweise hergestellt oder bearbeitet?
Bitte geben Sie die jeweilige Pos.-Nr, Produktbezeichnung und Herstellungs- bzw. Bearbeitungsländer an.

1.3 Zertifizierung Kinderarbeit

Sofern eine unabhängige Zertifizierung (z.B. Fair Wear Foundation, Fairtrade), die bestätigt, dass das/die Produkt/e nicht unter Einsatz ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinn der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und/oder bearbeitet wurde/n vorliegt, wird ein entsprechender Nachweis hochgeladen.

☐ ☐

Mehrere Antworten wählbar

1.4 Alternative Nachweise Kinderarbeit

Es liegt kein Zertifikat/Siegel vor, alternativ ist ein Nachweis über einen Verhaltenskodex (code of conducts) oder eine Sozialklausel hochgeladen. Ist keiner dieser Nachweise erbracht, wird folgende Selbstverpflichtung abgegeben:
"Ich/wir versichern, dass das/die Produkt/e ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und/oder verarbeitet wurde/n. Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen, meine/unsere Lieferanten und deren Subunternehmer aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben (z. B. Erarbeitung wirksamer Kontrollmechanismen für Zulieferfirmen, Maßnahmen zur Rehabilitation und sozialen Eingliederung betroffener Kinder oder Verbesserung der Einkommenssituation von Familien mit Kindern)."

☐ ☐

Mehrere Antworten wählbar

2 Nebenangebote

Gewichtung: 0,00%

2.1 Nebenangebote [Mussangabe]

Mein/Unser Angebot enthält insgesamt die unten eingetragene Anzahl an Nebenangeboten.

(Die Gesamtanzahl muss die Anzahl der im Workflow erstellten Nebenangebote plus eventuell zusätzlich als Bieteranlage hochgeladene Nebenangebote umfassen)

3 Nachunternehmereinsatz VgV

Gewichtung: 0,00%

3.1 Nachunternehmereinsatz [Mussangabe]

Ich beabsichtige Nachunternehmer einzusetzen.

- ☐ ☐ Keine Angabe (0)
☐ ☐ Ja (0)
☐ ☐ Nein, dann bitte in die nachfolgenden Felder "kein NU" eintragen (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2 Nachunternehmerliste VgV [Mussangabe]

Nachfolgend aufgeführte Leistungen werden an Nachunternehmer übertragen.

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich/wir Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen werde(n).

Bitte geben Sie eine Zuordnung nach LV-Titel, Gewerk, Positionsnummer und Beschreibung der Teilleistung an.

Im Falle eines Nachunternehmereinsatzes sind den als Nachunternehmer vorgesehenen Firmen die vollständigen Vergabeunterlagen der ausschreibenden Dienststelle zur Angebotsabgabe zur Verfügung zu stellen.

3.3 Verpflichtungserklärung VgV [Mussangabe]

Auf Verlangen der Vergabestelle werde(n) ich/wir

a) die Unternehmen benennen, deren Fähigkeiten ich mich/wir uns im Auftragsfall bedienen werde(n), und

b) die Verpflichtungserklärung(en) dazu vorlegen, dass mir/uns die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zur Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen mir/uns und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)

Nur eine Antwort wählbar

4 Information zur Veröffentlichung

Wie sind Sie auf diese Ausschreibung / Teilnahmewettbewerb aufmerksam geworden.
(nur informativ)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Bayerischer Staatsanzeiger (0)
☐ Amtsblatt der Stadt Nürnberg (0)
☐ Healy Hudson Deutsche E-Vergabe (0)
☐ sonstiges (0)

Nur eine Antwort wählbar

| Typ | Dateiname | Größe | MIME-Type |
|-------------|---|-----------|-----------|
| Dateianlage | 280_Planliste Werkräume.pdf | 58,17 KB | pdf |
| Dateianlage | 280_AK_Werkzeuge.pdf | 57,71 KB | pdf |
| Dateianlage | SSW-5-SGB-ARC-LP-X-XXX-003 LV Anlagen.pdf | 507,39 KB | pdf |
| Dateianlage | 260505_Mustervertrag_Wartungsarbeiten.pdf | 125,89 KB | pdf |
| Dateianlage | 28055000_EG Werkraumausstattung Gesamt LV.pdf | 756,05 KB | pdf |
| Dateianlage | Merkblatt Baulaerm 2013.pdf | 651,00 KB | pdf |
| Dateianlage | Merkblatt Baumschutz auf Baustellen.pdf | 103,54 KB | pdf |
| Dateianlage | SSW-5-SGB-ARC-LP-X-XXX-001-G.pdf | 606,87 KB | pdf |
| Dateianlage | SSW-5-SGB-ARC-LP-X-XXX-002-F.pdf | 624,95 KB | pdf |
| Dateianlage | 240212_SSW_Baustellenlogistik_anonym.pdf | 4,05 MB | pdf |
| Dateianlage | Uebersichtsplan_Strom_SSW.pdf | 263,30 KB | pdf |
| Dateianlage | Merkblatt_110_kV_Hochspannungskabel.pdf | 261,92 KB | pdf |